

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Wardwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Ferdinand Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 951.

Belegnummern zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangierlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandsende 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Interaktionsgebühr für die schlagbaltene Beilage 15 Pf. Post-Bestellungsliste Nr. 1889

Nr. 18.

Magdeburg, Mittwoch, den 22. Januar 1902.

13. Jahrgang.

Die überhitzten Kessel der modernen Bildungswelt

dürfen nicht noch mehr überheuert werden, so leitartikelt die „Kreuzzeitung“ im Anschluß an einen Artikel der Münchener „Allg. Ztg.“, der im großen und ganzen auf eine Umschreibung des bekannten Schmollerschen Satzes hinausläuft, daß der „letzte Grund aller sozialen Gefahr nicht in der Differenz der Besitz-, sondern der Bildungsgegenstände liegt. Alle soziale Reform muß an diesem Punkte einsehen. Sie muß die Lebenshaltung, den sittlichen Charakter, die Kenntnisse und Fähigkeiten der unteren Klassen heben.“

Die fromme, reaktionäre, konservative, bildungsfeindliche „Kreuzzeitung“ zertert gegen derartige Ansichten. „So lange die Welt steht, ist das Rückgrat aller Entwicklung der Kampf um den Besitz gewesen, ohne den, der Natur der Sache nach, keine dauernde Machtstellung gedacht werden kann, weder die des Einzelnen, noch die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Gerade heutzutage aber gilt das leider mehr als je: Reichtum ist alles. Ebenso sicher ist es aber auch, daß fortschreitende Bildung den Kampf um den Besitz, der nur ein anderer Ausdruck für die soziale Gefahr ist, nicht mildert, sondern verschärft und bis zu den letzten Folgerungen steigert. Sehen wir es denn nicht alle Tage deutlich, daß das soziale Ringen in den Ländern den unerbittlichsten Charakter annimmt, wo die Volksbildung, äußerlich betrachtet, am höchsten steht?“

Die praktischen Schlussfolgerungen aus dem Schmollerschen Worte führen nach der „Kreuzzeitung“, mit „tödlicher Sicherheit in das sozialdemokratische Lager hinein. Es ist dieselbe Erfahrung, die man schon vor mehr als hundert Jahren gemacht. Damals wurde so viel Aufklärung getrieben, daß die Guillotine schließlich den Strich darunter zog. Mutatis mutandis werden auch wir nichts anderes erleben, wenn der sinnlose Bildungsschwindel so weiter geht.“

Die Furcht der alten Kreuztante vor der Aufklärung des Volkes ist gewiß höchst ergötlich. Das konservative Organ der Alteredelsten und Allerbesten der Nation handelt an sich völlig konsequent, wenn es sich dagegen wehrt, daß die breiten Massen immer mehr zur geistigen Selbstständigkeit und Urteilsfähigkeit erzogen werden. Denn so viel ist sicher, daß jeder Fortschritt in der Aufklärung des Volkes einen Nagel mehr zum Sarge der ost- und westelbischen Reaktion bedentet.

Wenn das Junkerblatt sich jedoch gegen die Schmollersche These wendet, so hat es gar nicht so sehr unrecht. Seitdem Schmoller durch die oben citierte Äußerung und durch eine von ihm schon im Jahre 1870 in seiner „Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe“ aufgestellte gleiche Behauptung die Lösung der sozialen Frage auf die einfache Formel zurückgeführt hat: „die soziale Frage ist eine Bildungsfrage“, ist dieses Wort zur Parole für allerhand bürgerliche Ideologen geworden, die wohl die heutige soziale Berührung bedauern, die aber nicht den Mut haben, der Sozialdemokratie auf dem einzig richtigen Wege zur Beseitigung dieser Klassegegensätze zu folgen.

Es ist ja auch anscheinend viel bequemer, die soziale Frage durch gelegentliche Gratisverabfolgung von Bildung zu lösen. Dieser Weg führt nicht durch Geldtrüpp und Dicksch, wie die rauhen Pfade der Sozialdemokratie, er führt nicht durch Umsturz und Revolution, er ist so saftig und glatt, daß es scheinbar eine Lust ist, ihn zu wandeln. Daher auch neuerdings die vielen Volksbildungsvereine, die bürgerlichen Kreise, die Universitätsausdehnungs-Bewegung, die volkstümlichen Vortragskurse, die Volksvorstellungen und wie die sonstigen Arrangements alle heißen.

Die Klassenbewußten Arbeiter haben gewiß keine Ursache, derartige Bestrebungen zu ignorieren. Sie werden im Gegenteil jede ihnen gebotene Gelegenheit, ihr Wissen zu vermehren, mit Freuden ergreifen. Aber wenn man ihnen erzählen sollte, daß dadurch die sozialen Gegensätze aus der Welt geschafft werden sollen, so würden sie nur lächeln.

Wohl wird wahrscheinlich die soziale Frage gelöst sein, wenn die heutigen Bildungsgegenstände nicht mehr vorhanden sind. Aber man darf hier Ursache und Wirkung nicht miteinander verwechseln. Um die heutige mangelhafte Bildung der Volksmassen zu heben, wäre eine Hebung des Volksschulwesens die erste und unerläßliche Voraussetzung. Tausende neuer Schulgebäude müßten allein in Preußen errichtet werden, Zehntausende neuer Lehrer müßten allein in Preußen angestellt werden. Mehrere Hundert Millionen Mark wären notwendig, um nur die ersten wirklichen Schritte einer wirklichen Reform des preussischen Schulwesens einzuleiten.

Und wer müßte diese mehrere Hundert Millionen Mark bewilligen? Das preussische Abgeordnetenhaus, das preussische Herrenhaus und die preussische Regierung. Man denke: preussische Junker, deren Bildungsfeindschaft heute

durch die „Kreuzzeitung“ wieder einmal in geradezu klassischer Weise dokumentiert wird, sollen Millionen und aber Millionen für die Bildung der von ihnen so mißachteten und höchstens als besseres Vieh betrachteten Landproletarier ausgeben!

Sobald man der Lösung der Bildungsfrage praktisch näher tritt, gerät man auf den Weg, der zur Lösung der sozialen Frage führt: Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Klassegegensätze. Erst die Lösung der sozialen Frage durch die Sozialdemokratie bedeutet die Lösung der Bildungsfrage.

So stimmen wir denn — so paradox dies auch erscheinen mag — mit der „Kreuzzeitung“ insoweit überein, als auch wir die Schmollersche Behauptung nicht anerkennen, als auch wir den „Kampf um den Besitz“ für das ausschlaggebende bei den sozialen Kämpfen der Vergangenheit und der Gegenwart halten. Wir unterscheiden uns allerdings dadurch wieder sehr stark von der „Kreuzzeitung“, daß wir die heutigen Besitz- und Machtverhältnisse, denen die heutigen Bildungsverhältnisse entsprechen, ganz besonders die Privilegien des Junkertums, nicht anerkennen, sondern auf das entschiedenste bekämpfen. Wir wollen das heutige Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben zu Gunsten des gesellschaftlichen Eigentums. Damit wird auch das heutige Privateigentum an den Bildungsgütern abgelöst durch soziale Erziehung durch und für die Gesellschaft. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. Januar 1902.

Aus dem Reichstage.

Bg. Berlin, 20. Januar. Der Reichstag, der heute wieder sehr schlecht besetzt war, nahm zunächst den Antrag Arendt, der die Regierung auffordert, in einem Nachtragsetat die Beihilfe für die Kriegsteilnehmer bereit zu stellen, an, erledigte einige kleinere Gesekentwürfe und setzte dann die Debatte über unsere Notstands-Interpellation fort.

Nach einer Erklärung eines preussischen Eisenbahngewerksrats, der für die Altkonkurrenz-Streife die Verminderung der Zahl der Bahnwärter bestritt und die Thielsche Sparpolitik heranzustreichen suchte, griff unser Genosse Hoch in einer länger denn zweistündigen Rede die Wortführer der gegnerischen Parteien in dieser Frage und den Grafen Posadowsky energisch an. Er wies die Wertlosigkeit des amtlichen Materials nach und führte den Beweis, daß die herrschende Gesellschaftsklasse verpflichtet sei, die Opfer ihrer Produktionsweise, die Arbeitslosen, zu unterstützen. Besonderen Nachdruck legte er auf die Schilberung des Zusammenstoßes der Arbeitslosen in Frankfurt a. M. mit der Polizei. Hier zog er sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zu.

Graf Posadowsky erwiderte recht matt und versicherte wiederholt, daß die deutsche Sozialreform die beste der Welt sei. Vor den Agrariern machte er einige Komplimente, die ihm auch ihren Beifall eintrugen. Aus dem Hause nahm noch der nationalliberale Grubendirektor Silber, dessen Rede hauptsächlich eine Verteidigung des Kohlenyndikats war, und der freisinnige Vereinigungsmann Pachnide das Wort, der über die Arbeitslosigkeit sehr wenig, sehr viel aber über den Zolltarif zu sagen hatte.

Morgen wird die Debatte unterbrochen, da einige Wahlprüfungen vorzunehmen sind. —

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 20. Januar. Im Abgeordnetenhaus ist heute die Elberfelder Affaire Kulenkampff verhandelt worden. Zu dem Falle selbst ist neues durch die Verhandlung nicht erbracht worden. Höchstens, daß der Neuruppiner Schwindler nicht Kulenkampff sich genannt hatte, sondern Kulenkamp, und daß der ehrsame Bürger von Elberfeld, dem so arges Mißgeschick widerfahren, nicht Kulenkampff, sondern Kulenkampff heißt. Außer diesen welterschütternden Unterschieden in der Schreibweise der Namen hatte die Presse richtig berichtet, nicht übertrieben und nicht aufgebauscht. Das sei von vornherein festzustellen.

Die Interpellation wurde von dem Elberfelder Abgeordneten von Knapp, wie es sich für ein Mitglied der nationalliberalen Partei geziemt, schön maßvoll und würdig begründet. Wir wollen auch seiner Versicherung glauben, daß er mit gleicher Wärme gesprochen haben würde, wenn ein einfacher Arbeiter das Opfer des Justizirrtums geworden wäre.

Dem Interpellanten antwortete zuerst der Justizminister. Herr Schönstedt hat ein glückliches Temperament, so leicht können ihn Fehler, die innerhalb seines Ressorts gemacht werden, nicht aus der Fassung bringen. Er giebt die Fehler auch zu, hat aber die Gewohnheit, alles möglichst zu

beschönigen und zu entschuldigen. Heute leistete er sich aber einen Satz, der selbst von dem Junkerparlament mit Heiterkeit aufgenommen wurde. Es entstand ein wirklich fröhliches Lachen, als der Minister dem Herrn Kulenkampff eine gewisse Findolenz nachsagte und ihm vorwarf, daß er sich nicht besser verteidigt habe.

Anderer ist der neue Minister des Innern. Er gab die Verfehlungen der Gefängnisbeamten zu, sagte von dem Oberaufseher, er sei ein unzuverlässiger Mann und teilte mit, daß die beteiligten Beamten bestraft seien. Vom Hause forderte er Mittel für Gefängnisbauten, damit Untersuchungs- und Strafgefangene getrennt gehalten werden können.

In der Diskussion erwiderte man ihm mit Recht, daß die Justiz bisher im Etat stets stiefmütterlich behandelt worden sei, daß also die Schuld an der Regierung und nicht am Abgeordnetenhaus läge. Von der Regierung wurde zugegeben, daß der Neu-Ruppiner Richter unrichtig und übereilt gehandelt hat, daß aber in Elberfeld nur die Gefängnisverwaltung, nicht den Richter ein Verschulden trafe. Der freikonservative Herr Newoldt sagte ganz richtig, auch der Elberfelder Richter hätte den erregten Kulenkampff daraufhinweisen können, daß er sich auf geachtete Persönlichkeiten, die ihn rekonozieren könnten, berufen solle. Sehr richtig war auch was der freisinnige Abg. Schmidt-Elberfeld über unser Gefängniswesen, über unsern Strafvollzug und über die mangelnde Vorbildung des Aufsichtspersonals in den Gefangenenanstalten sagte.

Der Interpellant v. Knapp trug noch einen zweiten ganz ähnlichen Fall aus Elberfeld vor, er streifte auch den Fall Bredendek-Dortmund. Vom Regierungstisch ging man auf den Fall Bremer-Elberfeld nur sehr kurz zurück ein, den Fall Bredendek benutzte der Minister v. Hammerstein nur, um gegen die Person Bredendek etwas vorzubringen. Er bezeichnete ihn ganz fälschlicherweise als Sitzredakteur. Bredendek war allerdings nur Bergmann, es giebt aber gerade in der sozialdemokratischen Presse viele ehemalige Arbeiter, die sehr tüchtige Journalisten sind. Der Fall Bredendek wird noch beim Justizetat besprochen werden.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt. —

Die internationale Zuckerkonferenz

ist am gestrigen Tage wieder in Brüssel zusammengetreten. Die Regierungen der Zucker produzierenden Länder Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich sollen sich auf eine Reihe Vorschläge geeinigt haben, die sie der Konferenz machen wollen. Der wesentlichste Inhalt dieser Vorschläge soll sein:

Die Zuckerkartelle in Deutschland und Oesterreich-Ungarn bleiben unberührt bestehen, doch verpflichten sich die Regierungen dieser beiden Länder, den Einfuhrzoll auf fremde Zucker nicht zu erhöhen.

Die aus diesen Zuckerkartellen resultierenden Vorteile werden auf 5 Frank per 100 Kilogramm dem Inlandskonsum zugeführten Zucker geschätzt, das ist 2 Frank per 100 Kilogramm der Gesamterzeugung.

Die Regierungen aller anderen Länder, welche diese Konvention mitunterzeichnen, verpflichten sich in gleicher Weise, den Einfuhrzoll auf fremde Zucker nicht zu erhöhen und die Bildung von Zuckerkartellen zu unterlagen.

Alle Staaten außer Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind berechtigt, als Kompensation der in diesen beiden Ländern bestehenden Zuckerkartelle eine staatliche, direkte oder indirekte Prämie von 2 Frank per 100 Kilogramm erzeugten Zucker zu gewähren.

Der französische Zuckerindustrie wird außerdem eine Prämie von 4 Frank per 100 Kilogramm erzeugten Zuckers zugesprochen, so daß die Gesamtprämie Frankreichs 6 Frank per 100 Kilogramm erzeugten Zuckers betragen wird.

Als Kompensation der von den deutschen und österreichischen Zuckerkartellen gewährten Vorteile von 2 Frank wird der belgischen Zuckerindustrie eine Prämie von 2 Frank per 100 Kilogramm erzeugten Zuckers zugesprochen.

Allen übrigen an der Konvention beteiligten Staaten wird als Kompensation der deutschen und österreichisch-ungarischen Kartellvorteile eine direkte Prämie von 2 Frank per 100 Kilogramm erzeugten Zuckers zugesprochen, die aus dem Erträgnis der Zuckersteuer zu decken ist.

Alle beteiligten Staaten verpflichten sich, die durch die Abschaffung der Zuckerprämien erzielten Ersparnisse zur Herabsetzung der Zuckersteuer zu verwenden.

Alle beteiligten Staaten erkennen die Nützlichkeit der gänzlichen Abschaffung der Zuckersteuer an, zugleich jedoch auch die Unmöglichkeit, die ausfallenden Einnahmen des Staatsschatzes durch eine andere Steuer zu decken. Sie verpflichten sich gleichwohl, die diplomatischen Verhandlungen fortzusetzen, um zu einer stufenweisen Abschaffung der Zuckersteuer zu gelangen.

Die Zuckerkonferenz schützt die beteiligten Staaten vorläufig nicht gegen die Konkurrenzproduktion; sollte es sich jedoch herausstellen, daß die Reduktion der Prämien die Rohzuckerproduktion in unverhältnismäßiger Weise steigert, daß heißt, wenn die Rohzuckerproduktion in den Ländern mit sichtbarer Produktion 3 500 000 Tonnen überschreiten wird, verpflichten sich die beteiligten Staaten, zu einer neuen internationalen Konferenz zusammenzutreten, um die Höhe jener Specialprämie festzusetzen, welche jedes Produktionsland gleichmäßig einführen darf, um sich gegen die Konkurrenz der Rohzuckerproduktion zu schützen.

Die belgische Regierung übernimmt die Verpflichtung, die beteiligten Staaten zu dieser neuen Konferenz einzuladen, so bald einer der beteiligten Staaten ihr nachweist, daß die Rohzuckerproduktion die obengenannte Höhe überschritten hat.

Der französische Kriegsminister General Andree

hat am Sonnabend in der Kammer anlässlich einer Interpellation des Bonapartisten Cuneo d'Ornano einen glänzenden parlamentarischen Sieg errungen. In der französischen Armee herrschen, wie das im Fall Dreifuss recht deutlich zum Ausdruck kam, die klerikalen Eliten. Die klerikal erzogenen Offiziere werden im Avancement vorgezogen. Das Werkzeug der klerikalen Korruption sind oder waren wenigstens bis vor kurzem die sogenannten commissions de classement. Diese Kommissionen bestimmten das Avancement der Offiziere; die republikanisch Gesinnten wurden von diesen zurückgestellt, die klerikalen vorgezogen. Erst der Kriegsminister Gallifet, noch mehr der jetzige Minister Andree beschränkten den Einfluß dieser Kommissionen und nahmen die Regelung des Avancements selbst in die Hand. Gegen die diesbezüglichen Verordnungen des Generals Andree richtete sich die Interpellation; das Avancement würde in Zukunft lediglich durch den guten Willen des Ministers geregelt. Nach den Kommissionen habe man auch die Generalinspektionen unterdrückt und damit zerstört man die demokratische Ordnung des Heeres. Ferner versuchte der Redner, den General Andree zu verdächtigen, im Jahre 1870 imperialistische Gesinnung an den Tag gelegt zu haben. Der Kriegsminister verlas selbst den Brief, den er damals, am 9. August 1870, als Hauptmann an das „Pays“, das damalige Blatt de Cassagnacs geschrieben hatte. Der Brief wendete sich lediglich gegen die Unfähigkeit der französischen Armee in dem damaligen Augenblick; das ganze Verbrechen war, daß kein Schreiben in diesem Sinne eine Zustimmung zu den Aeußerungen des monarchischen Blattes enthielt. Es lagen vier Tagesordnungen vor; der Minister erklärte, die einfache Tagesordnung von Chevillon anzunehmen. Dieselbe wurde mit 308 gegen 214 Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag, in welchem die Erwartung ausgedrückt wird, daß die Regierung das Avancement der Offiziere durch ein Gesetz regeln möge, wird, nachdem Waldeck-Rousseau diesem zugestimmt hat, ebenfalls angenommen.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Von freisinniger Seite sind neuerdings zwei Anträge im Abgeordnetenhaus eingebracht worden. Der eine (Dr. Barth, Dr. Wiemer) er-

Kleines Feuilleton.

Konzert im „Fürstenthor“. Das gestrige Wohlthätigkeitskonzert des Orchestervereins „Philharmonie“ unter Leitung seines Dirigenten Herrn Grunewald stellte dem Eifer und der Kunstbegeisterung der Vereinsmitglieder sowie der Umsicht des Dirigenten ein schönes Zeugnis aus. Das Orchester besteht, wenn ich recht unterrichtet bin, aus früheren Berufsmusikern, die zu anderen Gewerksarten übergegangen sind. Ich habe Hochachtung vor den Braven empfunden, die die wenigen freien Stunden, welche ihnen der Kampf ums Dasein läßt, verwenden, um ihre künstlerischen Ideale zu heftigen. Zur Aufführung gelangte u. a. ein Festmarch mit recht ansprechendem Trio von Richard Strauß, die unvollendete Symphonie h-moll von Schubert, die Ouvertüre zu der Oper „Das Sireneholzmädel“ von Enna, das Violinpiel zu „Kunihild“ von Cyril Kähler. In allen diesen Werken leistete das Geiger-Corps, das den Hauptwert des Orchesters darstellt, vorzügliches. Die Welt ließen in dem prachtvollen, von ihnen getragenen Saal der Symphonie an Ausdruck zu wünschen übrig. Im Besonderen und im Allgemeinen Vorzüge traten die Blasinstrumente zu sehr hervor. Derartige Vorzüge traten die Blasinstrumente zu sehr hervor. Derartige Vorzüge traten die Blasinstrumente zu sehr hervor. Derartige Vorzüge traten die Blasinstrumente zu sehr hervor.

Ein Sängerkonzert. Der Festsaal des Kapellensaal hat soeben Jean de Metz im Auftrag eines amerikanischen Syndikats das glänzende Angebot gemacht, das jemals ein Sänger erhalten hat. Es handelt sich um eine Tournee in den Vereinigten Staaten während des nächsten Winters, bei der der besagte Sänger in einer Anzahl transatlantischer Städte auftreten sollte, die ihm noch nicht gehört haben. Man hat Jean de Metz dafür die fast unglückliche Summe von 1 010 000 Franc für 40 Vorstellungen, d. h. 25 250 für jede einzelne. Bis heute war es Helma Zell, die das größte Honorar bezogen hatte; denn der Vater Manlesons hatte ihr 700 000 Franc für 20 Vorstellungen, d. h. 35 000 Franc für den Abend bezahlt. Außerdem sollte man über Jean de Metz noch einen Palastwagen zur Verfügung, der täglich eingesetzt sein sollte, mit Salon, Esszimmer, Rauchzimmer, Bad, Schlafzimmer, Musikzimmer und Küche mit einem französischen Koch dazu, einen wahren Palast auf Rädern. Nun aber kommt das noch Unglaublichere: Jean de Metz hat dieses Angebot abgelehnt! Er schrieb dem Amerikaner folgenden Brief: „Mein Freund, der glänzende Versuch, den Sie mir soeben gemacht haben, ist höchst verlockend, und ich bin überzeugt, daß unter ihrer geschickten Leitung alles aufs Beste gehen würde, für meine

Interessen wie für meine Ruhe, welche letztere für einen Opernsänger von höchster Wichtigkeit ist. Aber ich bin in Paris so glücklich, und da mein Herzenswunsch, den Siegfried in der Oper zu freieren, befriedigt ist, habe ich gegenwärtig keinen anderen Ehrgeiz. Ich bitte Sie, diesen kühnen Herren von dem Syndikat, die bereit sind, mehr als eine Million auf meine Seele zu wagen, herzlich zu danken. Genehmigen Sie usw. Ihr sehr ergebener Jean de Metz.“

— Die zweite Beratung des Stats, soweit er von kommissarischer Beratung ausgeschlossen worden ist, wird, wie ein Berichterstatter meldet, morgen im Reichstage begonnen werden.

— Im Reichstage brachten die Abgeordneten Wasser-mann, Sige, Paasche, Radtke und Köfke einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden, die der Teilnahme von Frauen an sozialpolitischen Bestrebungen in Vereinen und Versammlungen entgegenstehen. — Nur an sozialpolitischen, nicht auch an politischen? —

— Wie ein Staatsanwalt die Gesetze schließt. Bei einem am Sonnabend in Berlin stattgehabten Kommerz der alten Burschenschaft hat der preussische Staatsanwaltschaftsrat Cury die folgende Dithyrambe auf das Duell gesprochen:

... die alten Feinde der Burschenschaft sind auch die Feinde des ritterlichen Zweikampfes; wir halten fest an der alten deutschen Sitte unserer Väter, die ihre Lust hatten am Waffenspiel, wir wollen den Schläger nicht tragen nur zum Kommerz oder gar zu Professionen, wir wollen ihn schwingen in frühlichem Kampfe. Und wenn wir auch dafür sorgen wollen, daß kein Mißbrauch geschieht und daß in immer zahlreicheren Fällen nicht zur Pistole, sondern zum blanken Säbel gegriffen wird, so wollen wir uns doch auch heute dazu bekennen, daß es viele Ehrenhandel giebt, die gar keine andere Lösung zulassen, als den Gang mit den Waffen. Und darum lassen Sie die Philisterwelt auch Sturm laufen gegen die Mensur, wir halten fest an ihr als einem Erziehungsmittel sondergleichen.“ Mit einem Hoch auf den Kaiser, der über die Mensur ebenso denke, wie die Burschenschaftler und auf das kaiserliche Haus schloß der Redner unter jubelndem Beifall.

Wir werden nicht verfehlen unsere Leser davon zu benachrichtigen, wenn gegen den Staatsanwalt Cury Anklage wegen Aufforderung zur Gesetzesverletzung erhoben wird. Wenn dies nicht geschehen sollte, haben wir freilich auch noch ein Wörtchen zu sagen.

— Sehr treffend bemerkt der „Vorwärts“ zu der Affaire Falkenhagen: „Daß ein Mensch, der, nachdem er soeben einen Mitmenschen, dessen Familie er zerstört hat, niederschloß, sofort in anrühmliche Vergnügungstafel läuft und dort mit Dirnen sein Geld verjubelt und vor diesen Dirnen noch mit seinem — angeblich nicht einmal reglementmäßig verübten — Totschlag herumrennommiert, moralisch auf keiner höheren Stufe steht als ein Zuhälter, wird kaum jemand zu bestreiten wagen. Und mit einem solchen Menschen mußte der schimpflich beleidigte Gatte und Vater von fünf Kindern sich schießen, um nicht der Nechtung seiner Standesgenossen zu verfallen. Kann man sich einen ärgeren Kritizismus, eine schlimmere Verzerrung und Verhöhnung jedes Ehrbegriffs und Ehrgefühls denken?“

Interessen wie für meine Ruhe, welche letztere für einen Opernsänger von höchster Wichtigkeit ist. Aber ich bin in Paris so glücklich, und da mein Herzenswunsch, den Siegfried in der Oper zu freieren, befriedigt ist, habe ich gegenwärtig keinen anderen Ehrgeiz. Ich bitte Sie, diesen kühnen Herren von dem Syndikat, die bereit sind, mehr als eine Million auf meine Seele zu wagen, herzlich zu danken. Genehmigen Sie usw. Ihr sehr ergebener Jean de Metz.“

— Die Mumien im Bremer Weiskeller. Unter Beziehung auf die der „Chemiker-Zeitung“ entnommene Notiz über den Bremer Weiskeller wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Die in dem sogenannten Bremer Weiskeller aufbewahrten mumifizierten Leichen verdanken ihre Konservierung nicht einer besonderen Eigenheit dieses Kellers, sondern die Leichen sind künstlich konserviert, embalsamiert. Die in dieser wie in anderen ähnlichen Schriften (z. B. in Bonn) beigezeichneten Leichen wurden von Kapuziner-Mönchen nach einer noch jetzt bekannten Methode embalsamiert, welche wohl ursprünglich von den Ägyptern stammt und später durch arabische Ärzte auf die Kapuzinermönche überkommen ist. Legieren liegt, wie man weiß, in der katholischen Ländern die Behandlung der Leichen ob und in der Crypta dei Cappuccini in Palermo, trotzdem viele Tausende menschlicher Leichen in vorzüglichem Zustande aufgestellt sind und wohl noch bis zum Jahre 1881 diese Art der Embalsamierung der Verstorbenen allgemein üblich war, kann man ebenso alte und in gleicher Weise wie im Bremer Weiskeller konservierte Leichen sehen. Die neuerdings in dem Bremer Keller aufgehängten kleinen Tierkörper (Hühner, Katzen, Fajen) kann man in gleicher Weise in jedem trockenen luftigen Raume lufttrocknen und mumifizieren lassen. Hebräer fanden zerlegbare, nicht sterile Stoffe, z. B. Blut, Nudelfasche usw. im Bremer Weiskeller ebenso wie an anderen Orten. Ueber die Entstehung des „eigenartigen trocknen Geruchs“ auf der hinteren Partie der Zunge“, welches der Mitarbeiter der „Chemiker-Zeitung“ im Bremer Weiskeller empfunden hat, muß ich mir eine plausible Erklärung verjagen, als Mittel dagegen kann ich aber den Versuch des anderen berühmten Bremer Kellers warm empfehlen.“

Kleine Mitteilungen. Am letzten Sonntag (den 19. Januar) feierte Direktor E. d. Mann-Jesner, ein geborener Magdeburger, und gegenwärtig als Nachfolger Alexander Senzgers Leiter des Bremer Stadttheaters, sein fünfundsanzwanzigjähriges Jubiläum als Theaterdirektor. — Der neueste Schwanz von Hennequin, diesmal in Gemeinschaft mit Wilhaud, „Die japanische Waise“, fand im Berliner Heilberg-Theater starken Beifall. Herr Wilhaud war aus Paris herbeigezogen, um persönlich für die Berliner Premiere zu quittieren. — Die Adelaide Ristori-Festier, die am 29. d. M. anlässlich des 80. Geburtstages der einst so berühmten Künstlerin, in ganz Italien veranstaltet werden soll, dürfte sich zu einer grandiosen Ehrung des greisen Geburtstagskinds gestalten. Die Hauptfeierlichkeiten werden natürlich in Rom stattfinden, wo Adelaide Ristori seit vielen Jahren als Witwe eines Marchese lebt. — Der bekannte russische Maler W. Serejschewitsch weiß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten und arbeitet an einem Gemälde, das die Schlacht von San Juan Hill auf der Insel Cuba darstellt. Präsident Roosevelt, der an der Spitze jener Reiter an diesen Kampfe teilgenommen hatte, hat dem russischen Maler mehrere Sitzungen bewilligt. — Wie aus Rapports berichtet wird, zeigen die von der Kap-Universität jetzt verurteilten Studenten, daß neun kriegsgefangene Buren im Konzentrationslager die Vorbereitung beizubringen, und zwar sieben in der ersten und zwei in der zweiten Klasse.

Nürnberg, 20. Januar. Die gestern durch das Gewerblichkeitskartell vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab 4242 männliche und 649 weibliche Arbeitslose, zusammen 4891. —

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde ein Düsseldorfser Rutscher zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. In Fürth wurde der etwa dreißigmal vorbestrafte Maschinenbauer Stügel wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. —

Frankreich.

Sum Fall Millerand.

ac. Das Generalkomitee veröffentlicht das genaue Resultat der Abstimmung über den Antrag, Millerand aus der Partei auszuschließen. Danach wurde die einfache Tagesordnung mit 26 gegen 20 Stimmen und sechs Stimmenthaltungen angenommen. —

Amerika.

Ein Seegefecht im Hafen von Panama.

Gestern ist es nach einer Depesche eines Berliner Blattes im Hafen von Panama zu einem Treffen gekommen. Die Insurgenten erzwangen siegreich die Landung; General Alban, der Befehlshaber der Regierungstruppen, wurde getötet. — Das Staatsdepartement empfing vom Konsul in Panama folgende Depesche: „Gefecht im Hafen; Gouverneur tot.“ —

Südafrika.

Scheepers erschossen! — In den Konzentrationslagern.

Der jugendliche Burenführer Scheepers, der bekanntlich vor einigen Wochen krank in die Hände der Engländer fiel, ist, wie ein Telegramm aus Graaffreinet meldet, zum Tode verurteilt und, sobald Kitcheners Bestätigung eingelaufen war, erschossen worden. Auch mit Kruijinger scheint man ähnlich verfahren zu wollen; die Untersuchung gegen ihn beginnt diese Woche. — Wir bedauern auf das tiefste das Geschick des tapferen Scheepers, umso mehr als er bekanntlich ein Magdeburger Kind war. Seine Angehörigen können sich damit trösten, daß Scheepers eines ehrenvollen Todes gestorben ist, und daß das Mitgefühl der ganzen gesitteten Welt mit ihnen ist. —

Das neueste Blauch über die Konzentrationslager giebt eine komplette Statistik über die Sterblichkeit in denselben für das ganze Jahr 1901. Danach sind im Jahre 1901 in den südafrikanischen Konzentrationslagern 16 785 Weiße, darunter 18 245 Kinder gestorben. Die Zahlen für Dezember zeigen, wie der Telegraph bereits kurz gemeldet, eine geringe Abnahme gegenüber den Monaten November und Oktober. Aus einer Anzahl Telegramme, die Kolonialminister Chamberlain mit Lord Milner wechselt, erhellt, daß die englische Regierung bemüht ist, die Sterblichkeitsziffer in den Konzentrationslagern herabzumindern. In dem einen der Telegramme des Kolonialministers wird darauf hingewiesen, daß der medizinische Bericht ergebe, daß in den Lagern ein Mangel an Milch sich bemerkbar mache. Lord Milner wird aufgefordert, zu berichten, ob diesem Uebelstande nicht abzuhelfen sei. In einem anderen Telegramme weist der Kolonialminister Lord Milner an, Frauen und Kinder, die nach der Kapkolonie auswandern oder zu Freunden gehen wollen, dies zu gestatten, um die Konzentrationslager zu entlasten. Noch aus mehreren anderen Stellen ist ersichtlich, daß die Kritik an den Zuständen in den Konzentrationslagern nicht ganz ohne Wirkung geblieben ist. —

Kleine politische Nachrichten.

Die Nachricht, daß der „Waterland“-Redakteur Dr. Sigl ein Barvermögen von 249 000 Mark hinterlassen hat, über das testamentarisch verfügt sei, ist in dieser Form nicht richtig. Die Höhe des Siglschen Vermögens kann erst im Laufe der Regelung des Nachlasses festgestellt werden. Wie bei der Eröffnung konstatiert wurde, ist im Testament selbst eine bestimmte Summe nicht genannt. Der Preußenhaß des „Waterland“-Redakteurs war sicher echt, denn er reichte über dessen Grab hinaus. Dr. Sigl hat nämlich dem Journalisten- und Schriftsteller-Verein ein Legat von 1000 Mark zugewiesen unter dem Vorbehalt, daß ein Preuße etwas davon kriegen darf. Dagegen hat er einen jüdischen Rechtsanwält mit der Vollstreckung seines Testaments betraut. — Wie aus Abgeordnetentreffen mitgeteilt wird, soll der in weiten Kreisen auch außerhalb seiner Partei beliebte Herr Falkenhagen, der Vater des Duellmörders, durch die Vorgänge der letzten Tage so tief erschüttert sein, daß er den Entschluß gefaßt haben soll, sich von jeder öffentlichen Thätigkeit zurückzuziehen. — Als unser Genosse Professor Ferri gestern in Rom eine Vorlesung begann, entstand eine große Aufruhr zwischen monarchischen Studenten, welche den Apfostel der Obstruktion niederstießen wollten und ihn mit Namen wie Prallhans, Gascoigner Cyrano begrüßten, und Sozialisten, welche sich am Eingang des Lesesaales aufstellten und den Monarchisten mit Gewalt den Eintritt verwehrten. Als Carabinieri eintrafen, mußten fünf Studenten durch Stock- und Schlüsselhiebe verlegt, durch Ambulanzwagen ins Hospital geschafft werden. —

Folgen der Sachfengängerei.

Am 16. Juni 1901 hatten polnische Arbeiter (sogenannte Sachfengänger) mit dem Inspektor des Schloßdomänenpächters Kricheldorf auf dem Borwerk Grizehne bei Galbe a. S. Lohnunterschieden. Da sich die Polen mit dem Inspektor nicht einigen konnten, legten sie die Arbeit nieder und zogen von Grizehne nach der Schloßdomäne in Galbe, um mit dem Arbeitgeber persönlich Rücksprache zu nehmen. Da die Haltung der polnischen Arbeiter eine drohende wurde, sah sich die Schloßverwaltung veranlaßt, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es erschienen alsbald die drei Polizeiergeanten Förster, Nöhrig und Tempel auf dem Schloßhofe und bemühten sich zunächst, die erregten Arbeiter zu bewegen, nach Grizehne zurückzukehren. Die Polen, die die Absicht der Polizeiergeanten bei der Sprachverschiedenheit nicht verstanden, gingen nicht von der Stelle, worauf die Beamten den angeblichen Häufelührer der Polen, den Arbeiter Gaida, für verhaftet erklärten.

Deutscher Reichstag.

(122. Sitzung.)

Berlin, den 20. Januar 1902.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dr. Trendt, der die Mittel zur Unterstützung für Kriegsveteranen in einem Nachtragsetat fordert. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen wird die Besprechung der

Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.)

bezt. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit fortgesetzt.

Geheimrat Wehrmann:

Auf der Strecke Altenbeken-Baderborn ist die Zahl der Bahnwärter seit 10 Jahren dieselbe. Bei gesteigertem Verkehr ist natürlich die Zahl des Personals vermehrt worden. Nimmt der Verkehr ab, werden die Arbeiter meist in andere Betriebszweige eingestellt.

Abg. Hoch (Sozialdemokrat):

Die amtlichen Berichte beruhen nicht auf zuverlässigen statistischen Erhebungen, sondern auf mehr oder minder willkürlichen Schätzungen von solchen Personen, deren Fähigkeit für solche Arbeiten wir zu beurteilen gar nicht in der Lage sind. Außerdem bezieht sich das amtliche Material auf Verhältnisse, die vor mehreren Monaten galten und durch die Verschlechterung des Arbeitsmarktes überholt sind. In Dresden und Borsdorf sind bei der gestrigen Arbeitslosen-Zählung 9300 Arbeitslose gezählt worden. Arbeitslose und nicht Arbeitslose, Graf Kanitz! Ein klassisches Beispiel für die Wertlosigkeit des amtlichen Materials giebt uns der Bericht des Polizeipräsidenten von Frankfurt am Main, wonach Arbeitslosigkeit so gut wie gar nicht vorhanden sein soll. Am Freitag vor aber in Frankfurter Blättern ein Aufruf der Centrale für private Fürsorge zu lesen, in dem es heißt, daß die städtische Behörde allein der Arbeitslosigkeit nicht Herr sein kann, sondern auch Privathilfe notwendig ist. Ich begreife es nicht, wie Graf Posadowsky auch nach den letzten Vorgängen in Frankfurt a. M. es fertig bringen konnte, uns diesen ganz veralteten Bericht vorzulegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß die Forderung unserer Parteigenossen in Frankfurt, die Stadt möge größere Geldmittel für Notstandsarbeiten bewilligen, von beiden Körperchaften abgelehnt ist, liegt an dem plutokratischen Wahlsystem, das es den Frankfurter Arbeitern fast unmöglich macht, Vertreter der Arbeiterklasse in das städtische Parlament zu senden. Unser Genosse Dr. Niard war es, der städtische Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit verlangte, was aber abgelehnt wurde. — So unzuverlässig die amtlichen Berichte auch sind, so wird ein gewisser Notstand heute von niemand mehr geleugnet. Besonders muß es die Arbeiter erbittern, daß der jetzige Mangel an Arbeit verdrängt ist durch die wahnsinnige Profitgier der Unternehmer in den Zeiten der Hochkonjunktur. Die Zeit der Hochkonjunktur wird von den Reichen mit vollem Rechte gepriesen. Wie die Ergebnisse der Einkommensteuer in Sachsen und Preußen zeigen, haben die reichsten Leute in Sachsen um 10,29 Proz., in Preußen um 12,61 Prozent zugenommen. Das Gesamteinkommen der Personen, die über 100 000 Mark versteuern, ist von 490 850 600 Mark i. J. 1896 auf 1 140 699 800 Mark i. J. 1900 gestiegen. Diese Handvoll Leute bezieht also ein so großes Einkommen, wie 1 150 000 Arbeiter. In der Zeit des industriellen Aufschwunges sind die Löhne nur dort gestiegen, wo die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren. Auch die Mittelungen einer Oststrankenasse haben gezeigt, daß die Löhne nur wenig gestiegen sind. — Die Hauptfrage ist doch, ob der Arbeiter in der Lage ist, mit seinem Lohn seine Ausgaben decken oder gar noch einen Ueberschuß machen kann. Da ist sehr interessant eine Aufnahme des statistischen Amtes in Berlin. Sie bezieht sich auf 126 Familien mit einem Einkommen von 1050—4500 Mark pro Jahr. Von diesen 126 Haushaltungen haben größere Ausgaben als Einnahmen 56 gehabt, 26 haben keine Schulden gemacht, aber auch nichts erübrigt; nur in 44 Fällen zeigt sich ein Ueberschuß, der aber teilweise so gering ist, daß irgend ein Unglücksfall in der Familie ihn in ein Minus verwandelt. Nur 6 Familien haben einen erheblichen Ueberschuß mit mehr als 100 Mark erzielt.

Während des großartigen industriellen Aufschwunges sind also die Arbeiter im allgemeinen nicht aus ihrer Bedrängnis herausgekommen. Aber ein anderes Geheiß ist in der Zeit der industriellen Blüte hinzugekommen. Seit 1895 sind 259 765 schwere Unfälle vorgekommen; 26 429 Personen sind dabei getötet, 3711 haben dauernde Erwerbsunfähigkeit dabei erlitten. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Während 1895 auf 1000 Personen 6,25 Unfälle kamen, kamen 1900 7,46 Unfälle auf 1000 Personen. Sehr charakteristisch ist der Vergleich der

Steigerung der Einnahmen der Aktienbesitzer des Harpener Bergwerkes und der Arbeiter. 1894/95 betrug der Reingewinn 898 192 Mark, 1898/99 ist er auf das Fünffache gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Die verteilte Dividende liegt von 3 Prozent auf 14 Proz., die Löhne der Arbeiter stiegen in der Zeit von 1897 (3,94 Mark) auf 4,27 Mark im Jahre 1900, also um 33 Pfennig. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Das ist die Interessensharmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer, von der Herr Hise so viel sprach. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, kommt nicht in Betracht, wenn selbst nur wenige Tausend Arbeiter arbeitslos sind, muß die herrschende Klasse unbedingt für Arbeitsgelegenheit sorgen. — Graf Posadowsky hat einen allgemeinen Notstand bestritten. Es kommt ganz darauf an, was man darunter versteht. Versteht man darunter, daß Millionen verhungern, so haben wir ihn nicht, aber Elend genug haben wir, das hat selbst die ganz unparteiische Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ zugegeben. Außerordentliche Maßregeln sind unbedingt geboten. Freilich fürchtet Graf Kanitz durch die Staatshilfe eine moralische Schädigung der Arbeiter. Wenn aber Graf Kanitz und seine Freunde nach Staatshilfe schreien, findet er dabei nichts Bedenkliches. (Sehr gut! bei den Sozialdem.)

Herr Camp, den Graf Posadowsky wegen gewisser arbeiterfeindlicher Äußerungen so scharf anließ, hatte doch recht, daß er die Maßregeln der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit als ganz ungenügend bezeichnete. Mit wie merkwürdigen Mitteln gegen die Arbeitslosigkeit von den Besitzern gekämpft wird, dafür hat ja Graf Posadowsky den Beweis geliefert. Er hat mitgeteilt, daß die preussische Eisenbahverwaltung zwar die Löhne nicht gekürzt hat, aber doch den neu eingestellten Arbeitern geringere Löhne zahlt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch nichts anderes als Lohnrückstufung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Graf Hohenhausen hat am Sonntag hier gesagt, die aus dem sächsischen Eisenbahndienste entlassenen Arbeiter würden bei staatlichen Bauten untergebracht. Diese Bauten werden aber an Private vergeben und mit diesen wird nur abgemacht „die Arbeiter nach Möglichkeit“ einzustellen. — Geheimrat Wehrmann hat es heute als selbstverständlich bezeichnet, daß für den Kaiser und den Kronprinzen besondere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden sind. In der Sicherheit des Verkehrs verdient aber der ärmste Arbeiter dieselbe Rücksicht wie der Kaiser. Der Betrieb muß auf alle Fälle gesichert sein.

Graf Posadowsky hat bestritten, daß das Reich die Möglichkeit hätte, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, es sei denn, so meinte er scherzhaft, der Reichstag bewillige neue Kriegsschiffe. Das ist ein recht eigentümlicher Scherz. Möge der Minister doch morgen mit einer Vorlage kommen und ein paar hundert Millionen für den Bau von Erholungsstätten für Schwindsüchtige fordern. Wir würden sie bewilligen; es werden ja sonst jüdische Schulden für Militärzwecke gemacht. Graf Kanitz und Herr Leuzmann haben sich über die Verabredungen entrüstet. Auch wir werden wirklich Arbeitsgelegenheit nicht entschuldigen. Aber so lange Sie durch Ihre Mißwirtschaft Arbeitslose groß ziehen, haben Sie kein Recht, sich über dieselben zu entrüsten. — Angesichts des Stillstandes unserer Sozialreform behauptet Graf Posadowsky, wir hätten ein Tempo in der Sozialpolitik eingeschlagen, dem andere Staaten nicht folgen könnten. Er verspricht uns eine Aufstellung, die dies beweisen sollte, aber bisher hat er sie noch nicht vorgebracht.

Charakteristisch ist, was bei uns überhaupt an Arbeiterrecht geleistet ist, nur gegen den Widerstand der Unternehmer und der Regierung durch den Druck der Arbeiter ermöglicht worden. Die Arbeiter werden auch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien als bloße Komödie erkennen. Freiherr Heyl v. Herrnsheim behauptete mir gegenüber, bei seinen Arbeitern habe sich bis jetzt keine Tendenz gezeigt, den Gewerksvereinen beizutreten. Nach den mir gewordenen Mitteilungen sind aber die Arbeiter des Herrn v. Heyl davon überzeugt, daß sie sofort gemäßregelt würden, wenn sie den Gewerksvereinen beitreten würden. Graf Posadowsky rief den Arbeitern, die Kritik nicht noch dadurch zu verschärfen, indem sie vom Lande nach den Industriecentren strömten. Wollte Graf Posadowsky wirklich von den Arbeitern fordern, ihr ganzes Leben im Elend des Landarbeiters zu verbringen?

So schlimm die Verhältnisse in den Städten für die Arbeiter sind, die Verhältnisse auf dem Lande sind doch noch schlechter. Deshalb wollen die Arbeiter nicht unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers zurück. Schlimm stünde es uns unser Land, wenn die Arbeiter nicht den Drang hätten, den unwürdigen Verhältnissen auf dem Lande zu entfliehen, wo sie nicht einmal das Koalitionsrecht haben. So lange Sie die Landarbeiter als Arbeiter zweiter Klasse behandeln, haben Sie kein Recht über die Landflucht zu klagen. Wir wenden uns gegen die Einführung fremder Arbeiter nicht aus chauvinistischen Gründen, sondern weil sie thätlich nur zu Lohnrückstufen verwendet werden. — Ich muß noch kurz auf die Frankfurter Vorfälle eingehen. Graf Posadowsky

sagte neulich sehr richtig, man muß der Polizei viel zu viel zu. Die Rolle, die die Polizei in Frankfurt gespielt hat, ist ein Skandal. Dort, wo der Arbeitsmarkt eines Blattes verteilt wurde, gab es natürlich eine Ansammlung. Wer die Frankfurter Straßen kennt, wird es auch natürlich finden, daß sie Arbeiter dann in Gruppen abgehen. Hierbei ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die die Polizei geradezu provoziert hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht von der Polizei eines deutschen Bundesstaates behaupten, daß ihre Rolle ein Skandal sei und sie Ausschreitungen provoziert. Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausführungen zu mäßigen.

Abg. Hoch (fortfahrend): Die Frankfurter Arbeiter sind bekannt wegen ihrer ruhigen Art. Die Unruhen sind nur provoziert durch das ungeschickte Benehmen der Polizei. Redner verliest einen Artikel eines Frankfurter Blattes, wonach einige Schutzleute sich wie rasend gebärdeten. Wer ihnen in den Weg kam, wurde geprügelt. . . (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing (unterbrechend): Ich halte lange Vorlesungen, in denen Sie dasselbe mitteilen, was ich schon vorher getadelt habe, nicht für angemessen, ich bitte Sie, darin nicht fortzufahren. Abg. Hoch bemerkt, daß er in diesem Hause schon viel längere Vorlesungen gehört habe.

Vizepräsident Büsing bemerkt dazu, daß dann jedesmal die Genehmigung des Präsidenten eingeholt worden sei.

Abg. Hoch: Thatsächlich sind viele Personen verhaftet worden, die absolut nichts gethan haben. Um diese Vorgänge, die in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung ausführlich erörtert worden sind, hätte sich auch die Regierung kümmern müssen. Die Polizei hat nur gehandelt im Geiste der von Ihnen vorgelegten Buchdruckvorlage. Wenn die Regierung mit so schlechten Beispielen vorangeht, kann sie sich nicht wundern, daß die unteren Beamten gleich mit Drähten und Gummischläuchen auf die Arbeiter einschlagen. Ihre schlechte Meinung von der Polizei in allen Ehren, aber Sie wünschen sie nur da nicht, wo es gilt, Unternehmer und Großgrundbesitzer zu belästigen, bei der Verdrückung der Arbeiter schreiben Sie noch um mehr Polizei.

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, nicht immer den Herrn Staatssekretär direkt anzureden, sondern zum Hause zu sprechen.

Abg. Hoch (fortfahrend): Man behauptet, der Staat sei nicht nur eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung. Die Politik, die Sie jetzt gegenüber der Frage der Arbeitslosigkeit betreiben gegenüber dem angeblichen Notstand der Großgrundbesitzer, die jetzt allerdings auch dem am wenigsten aufgelierten Arbeiter, was dieser Staat für eine Einrichtung ist, eine Einrichtung zur verbesserlichen Ausbeutung und der Niederknüppelung der Arbeiter. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, wegen des letzten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich erinnere daran, daß in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges die große Reform der Alters- und Invalidenversicherung und die fünf Unfallgesetze verabschiedet sind. Wenn aber die Landarbeiter in die Städte gehen und fremde Arbeiter nicht hinzugezogen werden, muß doch die Landwirtschaft zu Grunde gehen. Wenn Ihnen die Löhne auf dem Lande zu schlecht sind, müssen Sie die Landwirtschaft durch Fülle in die Lage versetzen, höhere Löhne zu zahlen.

Die gegen die Frankfurter Polizei vorgebrachten Beschwerden gehören vor das preussische Abgeordnetenhaus. Ich stelle den Vorschlag, ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses zu veranlassen, die Sache zur Sprache zu bringen; dann wird er die genügende Antwort darauf bekommen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenhausen:

Herr Zubeil hat am 17. d. M. behauptet, die sächsische Eisenbahnverwaltung habe den Notstand ausgebeutet und Arbeiter entlassen. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung habe ich bereits nachgewiesen. Ich stelle den Herren (zu den Sozialdemokraten) anheim, die Richtigkeit meiner Behauptungen durch ihre Beziehungen in sächsischen Arbeiterkreisen nachzuprüfen. Auch die Baunternehmer sind angewiesen, früher bei der Eisenbahnverwaltung angestellte Arbeiter zu berücksichtigen und Einheimische den Fremden vorzuziehen.

Geheimrat Wehrmann:

Ich wiederhole, daß an der Besetzung der Strecke nichts geändert worden ist. Die Löhne der preussischen Eisenbahnarbeiter sind in den letzten zehn Jahren um 22,3 Prozent gestiegen. (Hört, hört! rechts.)

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Das Vergessen?

Elfaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Casu und L. Forest.

Aus dem Französischen überetzt von Suzanne Pracautigam-Romane.

(16. Fortsetzung.)

„Du antwortest nichts?“ wiederholte Guckert nach einer Pause.

Kaspar blieb stumm.

„Höre doch,“ bat Rose, „sag doch etwas, ich bitte Dich.“

Die Stimme seiner Geliebten gab dem armen Jungen Mut. Er warf einen slichtigen Blick auf das junge Mädchen, deren Augen von Thränen gerötet waren. Dieser Anblick brachte ihn außer sich.

„Aum wohl!“ rief er, „ich werde reden, und ich werde alles offenbaren, was ich denke. Ihr findet alle, nicht wahr, daß mir der Mut fehlt, und daß ich unrecht habe. Es ist möglich. Aber ich liebe Rose. Das sagt alles. Wir haben uns versprochen. Ich liebe sie, ich liebe sie, ich liebe sie. Ich kann es laut aussprechen, weil alle Welt es weiß. Und wir werden nur hier glücklich werden, hier in Eurer Nähe, an der Seite unserer Freunde, unserer Angehörigen, inmitten all der Dinge, die uns heimlich und vertraut sind.“

„Ich hoffe sehr, daß Du ihm jetzt nicht mehr Deine Tochter geben wirst!“ rief Guckert, indem er sich an Hans Schilling wandte.

„Doch . . .“ fing Kaspar wieder an. „Sie werden mir Ihre Tochter geben, weil ich ein rechtschaffener Kerl bin, und weil ich sie glücklich machen werde. Und sie wird nun so glücklich sein, weil sie in Ihrer Nähe bleiben wird, und weil sie Euch Eltern im Alter pflügen kann. Ich wiederhole es, ich werde nicht fortgehen. In Frankreich, in Paris, würde ich untergehen. Ich muß die Luft meiner Heimat einatmen können, das fühle ich ganz deutlich. . . Ich bin kein schlechterer Patriot als die anderen. . . Ich haße die Preußen genau so wie Ihr.“

„Ja, und deswegen willst Du ihre unglückliche Uniform tragen.“

„Wahr, ich werde sie nicht tragen, die preussische Uniform.“

„Wie, glaubst Du, sie werden Dich verschonen? Wenn Du darauf rechnest, wirst Du Dich sehr täuschen. Du bist fräftig, Du wirst ausgehoben und wirst Deine Schläge bekommen in irgend einem Regiment in Norddeutschland.“

Es trat von neuem ein Stillstehen ein. Aber im Augenblick, als Guckert wieder mit seinen Beschimpfungen und mit seinen Klagen beginnen wollte, hielt ihn Kaspar zurück.

Der junge Mann hatte seine Farbe wieder gewonnen. Er sprach mit entschiedener und geläufiger Stimme, wie jemand, der einen schnellen und leidenschaftlichen Entschluß gefaßt hat:

„Ich habe nun genug davon gehört, daß man mich vor aller Welt als Feigling behandelt. . . vor Rose. Ich sage Euch, daß ich im Lande bleiben werde, und daß ich doch nicht die verhaßte Uniform tragen werde. . . Ich werde es Euch auch beweisen, daß ich kein Feigling bin. . . Ihr werdet sehen. . . Ihr werdet sehen. . .“

Er hatte sich dem Ausgange genähert und hielt den Thürgriff.

„Wohin willst Du?“ fragte Stockmann, den eine unerklärliche Unruhe erfaßte.

„Ich will ein wenig Luft schöpfen. Ich muß wieder zu mir kommen. Mein Vater hat mich beschimpft, mich erniedrigt. . . Ich habe mich bezwungen. . . ich würde geweint haben! . . . Nein!“ sagte er beim Thüröffnen, „ich bin kein Feigling. . . Ihr werdet sehen. . .“

Wie Kaspar verschwand, machte sein Vater eine Bewegung, als wollte er ihm folgen, aber er besann sich eines besseren und stürzte sich in einen Winkel auf eine Bank, und es war ein Bild zum Erbarmen, wie er seine breiten Hände vor sein dickes Gesicht hielt und zu weinen anfang. Er schluchzte wie ein Kind, und aus seinen schmerzverzogenen Lippen erklangen die Worte: „Lieber Gott, hab' Mitleid.“ Es war eine so unheimliche Scene, daß bei allen der schmerzliche Eindruck noch verstärkt wurde.

Die Gelegenheit, daß alle durch das ungestimmte sich äußernde Leid des Weggers bewegt waren, benutzte Rose, um, ohne bemerkt zu werden, durch die auf den Hof gehende Thür zu verschwinden.

„Auf! Mit!“ rief der Priester, der sich an Guckert wandte. „Sie dürfen sich nicht zu sehr betrüben.“

„Der Curer hat recht,“ ergriff Stockmann nun wieder das Wort, „und ich wiederhole Euch, was ich vor einigen Stunden zu Hans gesagt habe. Vor dem Krieg hatten wir im Elfaß über sechshunderttausend Einwohner. In sieben Jahren sind zweihunderttausend ausgewandert, und dazu muß man noch hunderttausend junge Leute zählen, die für den Militärdienst tauglich waren. Wenn alle Welt das Land verläßt, was soll aus dem Elfaß ohne Elfaßer werden? Eigentlich könnte das den Deutschen passen. Der Feldmarschall von Moltke verkündete es laut: „Wir haben ein Bollwerk gegen Frankreich errichten wollen. Es ist uns höchst gleichgültig, ob das Glacis bewohnt ist oder nicht. Es ist militärisches Gebiet, und das Schwert allein soll dort zu Gunsten des Schwertes herrschen.“ Und deshalb, Guckert, muß Du nicht zu sehr klagen, wenn Dein Sohn keinen Geschmack an der Verbannung findet. Was Dich betrifft, Peter, Du bist ein ganzer Kerl, und Dein Mut wird belohnt werden. Besuche mich in Straßburg, ehe Du nach Frankreich gehst. Ich werde Dir Empfehlungsbriefe an meine Pariser Freunde mitgeben. Du wirst gut aufgenommen werden, und jeder wird danach trachten, Dir das Leben angenehm zu machen.“

Die Unterhaltung wurde allgemein. Man vergaß fast Kaspar und das Gejammer seines Vaters. Jeder gab sein Urteil ab, und Betrachtungen über die Lage im Elfaß, die immer die gleichen waren, wurden angestellt. Es wurde festgestellt, daß Peter nach Paris abreisen sollte, sobald die Erntearbeiten vorüber wären. In Frankreich sollte er sich naturalisieren lassen und seiner Militärpflicht genügen.

Stockmann erhob sich bald.

„Es wird spät,“ sagte er, „wir werden gleich Grottele wecken müssen. Ich habe zwar meiner Frau angekündigt, daß ich ziemlich spät zurückkommen würde, wenn ich aber noch länger bliebe, würde sie ängstlich werden. Peter, willst Du

Abg. Hilke (nacktd.):

Was die Interpellation betrifft, so freue ich mich, daß sie ruhig und sachlich begründet ist. In Berlin scheint die Arbeitslosigkeit recht groß zu sein, aus Westfalen kommen weniger Klagen. Das Kohlenyndikat hat die Arbeitslosigkeit durchaus nicht gefördert. Nur der eine Vorwurf trifft das Kohlenyndikat, daß es nicht noch mehr den Arbeitlosen den Handel entgegenzusetzen ist. Wenn übrigens aus diesem Hause der Antrag gestellt würde, die Parallele unter Staatsaufsicht zu stellen, so würde ich diesem Antrag zustimmen, denn das Kohlenyndikat hat nichts zu verbergen. Ich möchte den Herrn Staatssekretär des Innern bitten, den Reichsanwalt zu veranlassen, doch endlich die wasserwirtschaftliche Vorlage wieder vorzulegen. Das würde der Arbeitslosigkeit im großen ganzen abhelfen. Die preussische Regierung wird sich entschließen müssen, die Kanalvorlage bald wieder vorzulegen. (Heiterkeit.) Dauernde Abhilfe kann nur durch eine vernünftige Handelspolitik geschaffen werden. Aber mit den Sägen, wie Sie (nach rechts) sie verlangen, machen Sie keine Handelsverträge. Der größte Teil meiner Freunde wird für einen derartigen Tarif nicht zu haben sein. Wenn wir im Zolltarif unerschwingliche Mauer aufbauen, so daß unsere Industrie nicht mehr exportieren kann, dann werden wir schließlich nicht mehr Waren, sondern nur noch Menschen ausführen. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paschke (Freis. Vg.):

Der Regierung ist jeder Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Krise und Sozialpolitik unangenehm. Neben den Nutzen des Arbeitsnachweises herrscht Ueberzeugung. Das wichtigste ist hier ein statistischer Arbeitsnachweis. Ein solcher Antrag ist von mir und Herrn Reichs eingeleitet worden und wir hoffen, daß er die Mehrheit des Hauses haben wird. Zur Frage einer Arbeitslosenversicherung scheint mir der jetzige Moment am geeignetsten. Daß eine Arbeitslosenversicherung nicht unmöglich ist, haben die Gewerkschaften bewiesen. Sehr wichtig ist auch zur Lösung dieser Frage eine Arbeiterstatistik, daher begrüßen wir die Schaffung einer arbeitsstatistischen Abteilung im reichsstatistischen Amt. (Bravo! links.)

Ein Verlagsantrag wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen, kleinere Vorlagen.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1902.

Die ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

die am gestrigen Abend im „Dreikaiserbund“ stattfand, war verhältnismäßig gut besucht und nahm auch einen durch lebhaften aber sachliche Debatten belebten anregenden Verlauf.

Der Vorsitzende, Genosse Pistorius, giebt zunächst einige Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht über das verlossene Halbjahr. Er weist darauf hin, daß die in der letzten Generalversammlung beschlossene Distrikteinteilung als beendet angesehen werden kann. Nedner erwartet, daß diese Neueinrichtung sich zum Vorteil für den Verein auswirken möge. Die Hoffnung, daß der Verein im zweiten Jahre die Mitgliederzahl 2000 überschreiten würde, ist allerdings eine irrige gewesen; eine energische Agitation durch die neugegründete Distrikteinteilung wird hier Remedur schaffen müssen. Nedner erwähnt, daß in der Folge wieder regelmäßige Beiträge an die Parteikasse in Berlin abzuführen sein würde. Die Höhe derselben möge die Versammlung bestimmen. Zum Schluß moniert der Vorsitzende die Zeitung, die ein Genosse gelegentlich der letzten abgehaltenen Mitglieder-Versammlung in der Alten Neustadt getan hatte, und die dahin ging, daß „hinter den Coulissen“ gearbeitet würde. Es sei nicht wahr, daß ein Beschluß vorliegt, die Distriktsführer öffentlich zu nennen, wie behauptet worden sei.

Hierauf giebt Genosse Richter als Kassierer den Kassensbericht, der ebenfalls in der „Volksstimme“ zum Abdruck gebracht ist. Nedner wünscht, daß die Mitglieder dem Vorstand Mittel und Wege an die Hand geben, daß sich die Kassensverhältnisse in Zukunft besser gestalten, damit wir unserer Verpflichtung dem Parteivorstand gegenüber mehr als bisher nachkommen können.

In der Diskussion bemängelt Genosse Maruth die Lautheit und Interesslosigkeit der Rednerarbeit in der Neustadt. Genosse S. Schulz hält den Zustand gerade nicht für besonders rühmend, daß, obwohl ein Vertreter des Parteivorstandes als Vertreter des Magdeburger Wahlkreises im Reichstage sitze, dieser Wahlkreis keinen Pfennig nach Berlin abgeführt habe. Nedner empfiehlt regelmäßige monatliche Geldsendungen und stellt den Antrag, für Januar 300 Mark und dann in jedem Monat 100 Mark an die Parteikasse gelangen zu lassen. Die Ursache des geringen Mitgliederzuwachses sieht Nedner in dem Umstände, daß

die Vereinsmitglieder sich nicht aktiv genug an der Vereinsarbeit beteiligen können. Sie müßten auch häufiger mitzubestimmen haben. Der Vorstand sei bei aller Tüchtigkeit nicht unfehlbar. Im weiteren wünscht Genosse Schulz, daß die Verhandlungen protokolliert werden.

Genosse Lademacher beantragt im Namen der Kontrollen, dem Kassierer Rechnung zu erteilen. Nedner wendet sich ferner gegen die Ausführungen des Genossen Schulz, besonders gegen die Protokollierung.

Genosse Ritsch wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen Schulz. Die Mitglieder könnten sich bei Flugblattverbreitungen usw. aktiv genug beteiligen.

Genosse Siebel unterstützt die Anregungen des Genossen Schulz, er hält die Äußerungen des Genossen Wendlandt für etwas berechtigt.

Genosse Pistorius hält sich für verpflichtet, gegen verfechtete Angriffe von Mitgliedern Stellung zu nehmen.

Genosse Voh wünscht, daß nicht eine bestimmte Summe, sondern ein bestimmter Prozentsatz der Beiträge an die Parteikasse abgeführt wird. Im übrigen hält Nedner die Tätigkeit des Vorstandes für ausreichend und die Redewendung Wendlandts für nicht gerechtfertigt, da sich neben dem Vorstand des Vereins auch die Preis-Kommission mit der Frage, welche Wendlandt gemeint habe, beschäftigt hat.

Genosse Schulz betont, daß seine Vorschläge keineswegs den Vorstand kränken sollten, er habe nur auf einen Fehler im System der hiesigen Parteioorganisation hinweisen wollen. Das Recht, im Interesse der Partei Kritik zu üben, lasse er sich nicht nehmen.

Genosse Großkopf wünscht, daß diejenigen, die immer monieren und kritisieren, zunächst Vorschläge machen sollen, wie es besser gemacht werden soll. Nedner beantragt, einmalig 500 Mark an den Parteivorstand abzuführen. — In der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Genossen Lademacher, Dethle, Voh und Brandes.

Es wird nunmehr zur Abstimmung über die eingebrachten Anträge geschritten.

Es wird zunächst darüber abgestimmt, ob in Zukunft monatlich regelmäßig Geldsendungen an den Parteivorstand abgehen sollen. Die große Majorität beschließt in diesem Sinne. Jedoch wird es dem Vorstand überlassen, die Höhe der monatlichen Sendungen zu bestimmen. Ferner beschließt die Versammlung, für den Monat Januar noch 500 Mark abzuführen.

Außerdem gelangt noch ein Antrag Schulz zur Annahme, der besagt, daß die in der „Volksstimme“ befindlichen Berichte über die General-Versammlungen ausgeschnitten und vom Vorstande gesammelt werden sollen.

Damit ist der erste und zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zum dritten Punkt: „Wahl der Mitglieder zum Central-Komitee für den Regierungsbezirk Magdeburg“ werden auf Antrag Brandes die Genossen Vater, Pistorius und Gieseke, und als Stellvertreter die Genossen Bender, Großkopf und W. Meyer gewählt.

Zum vierten Punkt: „Bericht über die“ teilt Genosse S. Schulz mit, daß zu Ostern in Halle eine Konferenz der Gemeindevertreter der Provinz Sachsen stattfinden wird. Er ersucht, daß die General-Versammlung ihre Genehmigung zur Besichtigung ausspreche und es einer Verständigung zwischen dem Vorstand, der Preis-Kommission und der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion überlasse, wieviel und welche Personen diese Konferenz besuchen sollen. Die Versammlung stimmt dem zu.

Zum Schluß entspinnt sich eine längere Diskussion über folgenden Antrag Voh:

Der Vorstand soll verpflichtet sein, in den nächsten Bezirks-Versammlungen die Abführung der regelmäßigen Beiträge an die Parteikasse zur Diskussion zu stellen und die Höhe auf 20 Prozent der Monatsbeiträge vorzuschlagen.

Der Antrag wird schließlich angenommen. Von Maruth wird der Antrag gestellt, einen Wahlfonds anzujammeln und diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Bezirks-Versammlungen zu setzen.

Nachdem Genosse Pistorius noch darauf aufmerksam gemacht hat, daß am nächsten Donnerstag ein populär-wissenschaftlicher Vortrag in der Aula der Luther-schule stattfinden, und zu einem zahlreichen Besuch desselben aufgefordert hat, wird die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verein geschlossen.

Ein Verwaltungsstreit gegen den Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen,

den der Schirmsabrikant Böhme wegen der Verfassung eines Jagdscheines angestrengt hatte, beschäftigte gestern das Ober-

Verwaltungsgericht. Böhme war vor einigen Jahren rechtskräftig wegen Vergehens gegen § 292 des Strafgesetzbuches bestraft worden, weil er auf einem Gebiete gejagt hatte, wo er zur Ausübung der Jagd nicht berechtigt war. Der Landrat des Kreises Bitterfeld entzog darauf Böhme, der Pächter der Schönaauer Gemeindefagd ist, den Jagdschein auf Grund des § 7 des Jagdscheingesetzes. Ein späterer Antrag Böhmes auf Wiedererteilung eines Jagdscheins wurde vom Landrat abgelehnt. B. beschwerte sich dann vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten zu Magdeburg.

Seine gegen letzteren nunmehr angestregte Klage wurde vom Oberverwaltungsgericht mit folgender Begründung verworfen. Der Landrat habe wegen jener Verurteilung B. nach § 7 des Jagdscheingesetzes frei entscheiden dürfen darüber, ob er dem Kläger den Jagdschein vorzuziehen wolle oder nicht. Eine Nachprüfung durch den Verwaltungsrichter sei nur nach der Richtung zulässig, ob die Verfassung des Jagdscheins nicht etwa auf Schikane oder Willkür beruhe, das wäre hier nicht anzunehmen. Nachdem diese Entscheidung ergangen war, beantragte B. abermals die Erteilung des Jagdscheins, die ihm auch diesmal versagt wurde. Er klagte wieder im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Oberpräsidenten nach vergeblichen Beschwerden. Jetzt machte er geltend, der Landrat habe sich durch Rücksichten auf andere Personen, die die Gemeindefagd pachten möchten, leiten lassen.

Das Oberverwaltungsgericht wies diese Klage gestern ebenfalls ab und führte aus: Es sei nicht dargelegt worden, daß der Landrat die Verstrafung des Klägers nur vorgeschützt hätte, um ihm die Ausübung der Jagd unmöglich zu machen, und anderen damit zu nützen. Wäre hiernach eine Willkür nicht anzunehmen, so müsse die Klage abgewiesen werden. w.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Das auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 erlassene neue Statut der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen ist mit dem 1. Januar 1902 in Kraft getreten.

Dasselbe weicht in einzelnen seiner Bestimmungen von dem bisher gültig gewesenen nicht unwesentlich ab. Für die Landwirte der Provinz Sachsen erscheint es somit geboten, sich rechtzeitig mit dem Inhalte des neuen Statuts vertraut zu machen. Je ein Exemplar des in der Buchdruckerei von Hottenroth u. Sohn in Merseburg gedruckten Statuts ist den Regierungs-Amtsblättern der Provinz als Anlage beigelegt worden; auch sind sämtliche Vertrauensmänner mit dem neuen Statut versehen. Es ist in Oktavformat bei der oben genannten Buchdruckerei zum Preise von 10 Pfg. für 1 Exemplar, 80 Pfg. für 10 Exemplare käuflich zu haben.

Die wesentlichsten Abweichungen gegenüber dem alten Statute betreffen folgende Punkte:

Die Zwangsversicherung der Betriebsunternehmer reicht nach oben bis zu einem Einkommen von 900 Mark (bisher 500 Mark) ohne besondere Zuschläge.

Die freiwillige Versicherung der Betriebsunternehmer mit einem Einkommen von über 900 Mark bis 3000 Mark ist zulässig, jedoch unter Entrichtung besonderer Zuschläge. Der Rentenberechnung wird in diesem Falle nicht der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst, sondern ein höherer Jahresarbeitsverdienst zu Grunde gelegt;

Nebenbetriebe sind, soweit sie nicht bei industriellen Berufsgenossenschaften versicherungspflichtig sind, bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mit zu versichern. Für die Nebenbetriebe sind behufs Deckung der aus der Unfallgefahr erwachsenden Kosten Zuschläge zu den sonstigen Beiträgen zu entrichten;

Betriebsbeamte und Personen in besonderen sachlicher Stellungen (Facharbeiter) sind zur Versicherung anzumelden; der Rentenberechnung wird in diesen Fällen der wirkliche Jahresarbeitsverdienst zu Grunde gelegt. Für die Versicherung werden besondere Zuschläge erhoben.

Die Anmeldung der freiwilligen Versicherung, der Nebenbetriebe, der Betriebsbeamten und der Facharbeiter hat bei dem Sektionsvorstande (Kreis- bzw. Stadt-Ausschuß) zu erfolgen. Die hierzu erforderlichen Formulare sind bei den Stadtausschüssen, Gemeinde- und Ortsvorstehern zu haben.

— Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag dieser Woche um 4 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Erhöhung des Kammerer-Haushaltplanes für 1891 — Hilfsarbeiter beim statistischen Amt: 2000 Mark — um 800 Mark, verschiedene Mitteilungen, unter denen die des Genossen Ritsch über den Fortbildungsschultag in Magdeburg, die des Stadtv. G. O. Bede über die Denkmalspflege in der Provinz Sachsen, die des Genossen Brandes über die Tätigkeit der Centralstelle für Wohlfahrts-Einrichtungen und die des Stadtv. Dr. Rausch über den Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke besonders hervorzuheben sind, die Etats des Viehhofes, des Schlachthofes, der Fleischschau, der Armenpflege, der Krankenanstalten und der städtischen öffentlichen Anlagen und Erholungsanstalten.

— Ueberführungen im Schuletat. Im laufenden Haushaltsplan der Schulkasse sind Ueberführungen bis zum Schluß des Etatsjahres zu erwarten und zwar zur Unterhaltung der Gebäude der höheren Schulen 400 Mark, der mittleren Schulen 4200 Mark, der Turnhallen 1000 Mark, zur Unterhaltung der Klassenuntersilien der höheren Schulen 600 Mark, der mittleren Schulen 2000 Mark, der Volksschulen 1700 Mark und zur Unterhaltung der Turngeräte 1200 Mark, zusammen 11 100 Mark, um deren Bewilligung die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird.

Aus den Bemerkungen, die der Magistrat hierzu macht, ist eine sehr bemerkenswerte. Er meint nämlich, gegen die Vorjahre seien größere Ausgaben hauptsächlich „durch die mit Rücksicht auf die Hauptpflichten in ungenutzten seitens des Magistrats unbedingt für erforderlich gehaltenen zeitweisen gründlichen Beschäftigungen und Instandsetzungen der Klassen- und Turngeräte“ entstanden.

anspannen? Hans, Du giebst mir etwas Stroh, damit wir ein Lager für die Kleine daraus machen. Der Weg ist nicht lang. Sie wird unterwegs schlafen. Habt Ihr keine Versorgung für Niederbronn?”

Im Augenblick, da jeder sich zum Abschied erhob, öffnete und schloß sich die Thür mit solcher Heftigkeit, daß die Lampe flackerte und beinahe ausging.

Rose erschien mit stieren Blick. Mit blutigen, krampfhaft verschlungenen Händen faßte sie sich an die Stirn und jähre:

„Zu Hilfe! . . . Kommt schnell Kaspar zu Hilfe!”

„Wo . . . was giebt es?” fragte Hans Schilling, während sich Gustert so schnell von seinem Stuhl erhob, wie seine Beleidigung nur zuließ.

Aber in ihrer Verzerrung antwortete Rose zunächst nicht, sondern wiederholte nur:

„Lauft, lauft schnell! Es ist schrecklich! . . . Oh, es ist schrecklich!”

Hans Schilling schüttelte sie:

„Lauter, wohin, sag uns doch, wo er ist?”

„Zu Hause, in der Metzgerei.”

Zur selben Zeit nahm die Mutter die Hand von Rose, von der das Blut herabtropfte, und rief:

„Sie ist verwundet! . . .”

Die vier Männer stürzten eiligst hinaus, ihnen folgte der zu Tode erschreckte Schlichter. Rose rief ihm zu:

„Sie sind es, der an diesem Unglück schuld ist. Gehen Sie und sehen Sie, was Ihr Sohn gemacht hat . . . gehen Sie und sehen Sie, was durch Ihre Beschimpfungen aus ihm geworden ist.”

Gratias Dierlein war in die Küche gelaufen und brachte eine Schüssel mit Wasser, in welches nun die Mutter die blutende Hand der Tochter hielt.

Zu gleicher Zeit fragte sie zitternd:

„Aber was ist denn geschehen? . . . Warum bist Du verwundet? . . . Ist Kaspar das getan? . . .”

Darauf erzählte die schluchzende Rose, die Hand im Wasser haltend:

„Die Kaspar festging, las ich auf seinem Gesicht, daß er irgend eine Dummheit begangen werde. Man hatte ihn

außer sich gebracht. Ich bin durch den Hof gegangen, um nicht bemerkt zu werden, und ich bin hinter ihm hergelaufen, aber er lief viel schneller als ich. Wie ich vor der Thür der Metzgerei ankam, war er dabei, den Kiesel im Innern vorzuschleichen. Ich klopfte, ich rief. Er antwortete nicht. Nach einiger Zeit sah ich durch die Fenster an der Thür und erblühte ihn. Er trug eine Laterne, die er auf den Hackstock stellte. Ich jähre noch: „Kaspar, Kaspar!” aber immer noch keine Antwort! Dann . . . oh! es ist schrecklich, Mutter! . . . nahm er ein Beil, weißt Du, eins von diesen großen, mit denen man die Knochen der Kinder zerhackt. Er legte seine linke Hand auf den Hackstock, und mit der rechten schlug er mit dem Beile zu. Er hatte es ja geschworen, daß er nicht Soldat werden würde! . . . Er hatte es ja gesagt, daß er kein Feigling wäre. Er trug keinen Schrei aus. Ich zererschlag die Fensterscheibe mit meiner Faust und verwundete mich . . . Einen Augenblick blieb er noch aufrecht vor dem Hackstock stehen . . . Er wendete mir den Rücken zu . . . Dann, plötzlich, wie ich wieder rief: „Kaspar, Kaspar!” sank er wie eine leblose Masse hin, und bei seinem Sturze riß er die Laterne mit ihm, die nun auslöschte. Ich bin dann davongesprungen, um Hilfe zu holen . . .”

Die Mutter Schilling erhob die Hände zum Himmel.

„Man kann mit den Preußen nicht mehr leben. Sie sind es wieder, die an diesem Unglück die Schuld tragen.”

„Doch, man könnte leben,” jagte Rose, „wenn man sich in das Unabänderliche fügen wollte. Was thun sie denn? Stehlen sie uns unser Haus? Nehmen sie uns den Ertrag unserer Felder? Sie zwingen zwar die Männer zum Militärdienst, das ist wahr, aber auch Frankreich fordert drei Lebensjahre von seinen Männern. Wenn all unsere Opfer noch einen Zweck hätten! . . . Wird etwa die Abreise von Peter oder Kaspar Frankreich das Elend wiedergeben? . . . Es ist Sache der Franzosen, die Revanche vorzubereiten. Am Tage, an dem sie bereit sein werden, werden wir wohl die Unfrügen erkennen, und dann werden die Offiziere alles das gegen die Preußen bemerken, was sie von ihnen gelernt haben. So verstehe ich die Dinge. Aber es ist Wahnsinn, die Leiden aller noch durch unnötige Sämersen zu vergrößern . . . Wahnsinn ist es.”

(Fortsetzung folgt.)

Das ebenso offene wie naive Geständnis des Magistrats, daß er die nötigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Gesundheit der Kinder „mit Rücksicht auf die Haftpflichtbestimmungen getroffen habe, wird von der Magdeburger Bürgererschaft schwer verstanden werden. Wären also die gesetzlichen Vorschriften nicht vorhanden, durch welche die Stadt haftpflichtig gemacht werden kann, dann würde der Magistrat die Klassen- und Turngeräte minder gründlich besichtigen und in Stand setzen. Auf ein paar fränke Kinder mehr oder weniger kommt es ja an sich nicht an; — wenn nur das verdamnte Haftpflichtgesetz nicht zu Vorsichtsmaßregeln zwänge!

Eine sehr humane Auffassung! —

Der Stadt-Ausschuß, welcher zur Zeit aus den Herren Oberbürgermeister Schneider als Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Fischer als Stellvertreter und den Stadträten Grünwald, Raschick, Walscher und Dr. Reichardt besteht, hat im verfloffenen Jahre 755 gewerbliche Konzessionen erteilt. Darunter sind 212 zu Gast- und Schenkwirtschaften, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus, sieben zum Handel mit Giften, eine zum Pfandleihgewerbe, vier zum Stellenvermittlungsgewerbe, eine zur Anlage eines Fraktionshammers, eine zur Anlage einer Kesselschmiede, eine zur Anlage einer Blechbearbeitungswerkstatt, eine zur Anlage einer Nädergießerei, eine zum Trocknen von Fellen, eine zu einer Lackochanlage und 525 zu Dampfesselanlagen, Lokomobilen und Schiffstesseln. In 10 Sitzungen mit mündlicher Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren sind 119 Sachen erledigt worden. Die Zahl der Gast- und Schenkwirtschaften hat sich im Berichtsjahr um 15 und die der Branntweinkleinhandlungen um acht vermehrt. Insgesamt waren am Schlusse des Jahres 1900 vorhanden: 80 Gastwirtschaften, 399 unbeschränkte Schenkwirtschaften, 159 beschränkte Schenkwirtschaften, 368 unbeschränkte Branntweinkleinhandlungen, dabei 11 beschränkte und 20 Schenkwirtschaften mit nicht geistigen Getränken. Bei einer Einwohnerzahl von rund 230 000 entfielen daher: eine Gastwirtschaft auf 2875 Einwohner, eine Schenkwirtschaft (beschränkte und unbeschränkte) auf 398 Einwohner, eine Branntweinkleinhandlung (beschränkte und unbeschränkte) auf 607 Einwohner.

Leichtfertige Frauen. Unendlich oft schon sind die Frauen durch die Presse davor gewarnt worden, daß sie nicht jedem beliebigen, der da vorpricht, um irgend einen Gegenstand, wie Nähmaschinen, Romanlieferung, Bilz' Heilmethode oder etwas anderes anzubieten, ihre Unterschrift unter einen vorgelegten Kaufkontrakt geben sollen. Wie viel ehelicher Zwist ist schon dadurch entstanden, daß Ehefrauen von redgewandten Agenten sich haben beschwären lassen, sich durch Gewährung von kleinen Abschlagszahlungen in den Besitz eines der vorbenannten Gegenstände zu bringen. Ist erst die Anzahlung geleistet, der Kaufkontrakt unterschrieben, dann nützen selbst die besten Interventionen des erbostenen Ehemannes nichts, es muß eben bis auf den letzten Rest gezahlt werden. In neuerer Zeit sollen hier wieder mehrere Frauen in leichtfertiger Weise ihren Namen unter einen Kaufkontrakt gesetzt haben, laut welchem sie sich zur Abnahme des Wertes „Der Hausaltar“ verpflichteten. Das Werk erscheint, wie aus einer Heiße von uns vorliegend. Briefen hervorgeht, in Richard Devrients Verlag in Berlin. Da die Agenten, die dieses Werk vertreiben, sich mit Vorliebe die Arbeiterquartiere anschauen, so ergreift an alle Männer die Aufforderung, ihren Frauen auf das eindringlichste einzuschärfen, in Abwesenheit des Mannes absolut nichts zu unterschreiben. Wer sich tollspielige Weiterungen ersparen will, beherzige das Gesagte.

Vorschrift für Fabrikräume. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekanntmachung: Durch Erlass des Ministers für Handel und Gewerbe vom 4. Dezember 1901 hat Nr. VII des nach § 138 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung in den Fabrikräumen auszuhängenden Auszuges aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern folgende Fassung erhalten:

Zwischen den Arbeitsstunden müssen allen Arbeitern unter 16 Jahren regelmäßige Pausen gewährt werden. Für solche, welche nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen muß mindestens mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je 4 Stunden nicht übersteigt (§. 136 Abs. 1).

Die Inhaber von Fabriken und diesen gleichgestellten gewerblichen Anlagen, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, werden hiervon mit der Aufforderung in Kenntnis gesetzt, die Auszüge demgemäß zu berichtigen.

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt am 3. Februar d. J. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kalau vom Hofe.

Ein freisinniger Parteitag des Bezirksverbandes Magdeburg der Freisinnigen Volkspartei, der die Wahlkreise Magdeburg, Wanzleben, Jerichow 1 und 2, Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Calbe-Mscherleben, Halberstadt-Mscherleben-Wernigerode, Bernburg-Cöthen und Dessau-Zerbst umfaßt, findet Sonntag, den 2. Februar, hier in Magdeburg in den Räumen der Gesellschaft „Zur Freundschaft“ statt. Der vormittags tagenden Delegiertenversammlung folgt ein Festessen und nachmittags 4 Uhr im großen Saale eine öffentliche Versammlung, in der Reichstags- und Landtagsabgeordneter Rektor Kopsch-Berlin über die Zolltarifvorlage im Reichstage sprechen wird.

Ein „getreuer Fridolin“. In einem hiesigen heßeren (erstklassigen?) Schneider-Geschäft verlangte dieser Tage ein Geselle neben dem Stücklohn für stattgefundenen Aenderungen eine Entschädigung für 2 Stunden, während der Chef nur eine Stunde bezahlte wollte. Während der Unterredung bemerkte der gerade dabeistehende Hausdiener des Geschäfts zu dem Chef: „Ach, Herr . . .“, für derartige kleine Aenderungen ist hier nie etwas bezahlt worden.“

Abgesehen davon, daß dies der Wahrheit nicht entspricht, ist ein derartiges Benehmen des im Wochenlohn stehenden Hausdieners gegenüber den auf Stück arbeitenden Gesellen, die manchmal Tagelang nichts zu thun haben, unpasend. Nun, der Herr war anständiger als sein Diener und zahlte wenigstens für eine Stunde Entschädigung.

Der hiesige Viehhof hat vorläufig die Fleischversorgung des auf dem Übungsplatz Alten-Grabow übenden Militärs mitübernommen, da die Militärschlächterei in den Gebäuden des früheren Rittergutes Vriesenthal nicht weitergeführt wird. Auf einem am Montag aberaumten Versteigerungstermin wurden zunächst einige alte Wirtschaftsgebäude zum Abbruch verkauft. Das frühere alte Hofmeisterhaus erzielte den Preis von 161 Mark, eine alte große Scheune mit Durchfahrtszweck kam auf 1410 Mark und ein altes Stallgebäude ungefähr auf 140 Mark. Das alte Wohnhaus und noch andere vorhandene Baulichkeiten sollen später auf einem zweiten Termine versteigert werden.

Suppenverteilung. In der Woche vom 12. bis 18. Januar sind seitens der Armenverwaltung 8886 Portionen Suppe an Arme verteilt worden. Davon entfallen auf die Altstadt 1580, Neustadt 2227 1/2, Sudenburg 3604 und Buckau 1474 1/2 Portionen.

Von dem reichen Ordensfegen, der am 19. Januar gelegentlich des Ordens- und Krönungsfestes in Berlin sich über ganz Deutschland ergossen hat, ist auch ein bescheidener Teil nach Magdeburg gekommen. Unter den hierorts Dekorierten befinden sich unter anderen der Kriminalinspektor Schmidt und der Landgerichtsdirektor Schneider, welche beide den Orden Adlerorden II. Kl. mit Eichenlaub bekommen haben.

Ein Frühstücksdieb gefaßt. Am Montag morgen wurde in der Hospitalstraße ein 13jähriger Junge dabei ertappt, als er in einem Hause die Frühstücksbettel ihres Inhalts entleeren wollte. Zwei biedere Bäckermeister, die in letzter Zeit durch die Wegnahme der Frühstücksbettel mehrfach geschädigt waren, hatten sich am Montag auf die Lauer gelegt, wobei ihnen der Vogel ins Garn lief. — Wenn bessere Zeiten wären, würde sich der arme Junge an dem fremden Eigentum sicherlich nicht vergriffen haben.

Ein Fußbodenbrand. Am Sonntag vormittag kurz nach 11 Uhr brannte in einem Zimmer des Hauses Rolkestraße 2 der Fußboden unter einem Ofen. Ein Kommando der Feuerwehr legte den Fußboden frei und beseitigte die Gefahr mittels der Handspitze.

Kleine Feuermelungen. In der Feldstraße 19 in Buckau war am Montag nachmittags 3 Uhr beim Löten eines Wasserrohres im Klosettraum die Strohverpackung in Brand geraten. Das Feuer war jedoch beim Eintreffen der Feuerwehr Buckau bereits gelöscht. — Am Montag abend um 6 Uhr brannte Kaiserstraße 22 der Fuß in einem Schornstein. Die davon benachrichtigte Feuerwehr löschte den Brand durch Abbleinen des brennenden Schornsteins mit Kette und Kugel in kurzer Zeit.

Aus dem Bureau des Stadttheaters wird uns geschrieben: Auf die heutige Wiederholung unserer Opernneuheit „Der polnische Jude“ möchten wir aufmerksam machen. Dieselbe wird zusammen mit „Cavalleria rusticana“ gegeben. Das mit so großem Jubel aufgenommene Studententstück „Alt-Heidelberg“ wird morgen zum dritten Male in Szene gehen. Hr. Mathilde Goffmann vom Stadttheater in Königsberg, welche für das Fach der jugendlich dramatischen Sänglerin in Aussicht genommen ist, wird, wie schon gemeldet, am Donnerstag als „Margarete“ sich unseren Opernfreunden vorstellen. Der Abend wird noch besonders interessant durch den ersten theatralischen Versuch eines so großen Hoffmanns berechtigenden jungen Sängers aus Berlin, des Herrn Gottfried Krause, der den „Jank“ singen wird. — Die erste Aufführung der interessanten Schauspielnovität „Nacht und Morgen“ von Paul Lindau, dem bekannten Berliner Intendanten und erfolgreichen Bühnenschriftsteller, ist am Sonnabend, den 25. Januar.

Provinz und Umgegend.

k. Groß-Otterleben, 20. Januar. (Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins), welche am 18. Januar tagte, war ziemlich gut besucht. Zur Gemeindeverordnetenwahl wurden für Groß-Otterleben als anständig folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: Korporeur Karl Göde, Zimmermann Friedrich Heise und an Stelle des Genossen August Poppe, der infolge Fortzuges sein Amt niederlegt, als Habemus der Genosse Maurer Julius Koch.

Für Vennedebach wurde der Genosse Friedrich Stridde, Maurer, für Klein-Otterleben der auscheidende Handelsmann Andreas Hermann wieder aufgestellt. In das Wahlkomitee wurden gewählt die Genossen: Wilhelm Karthäuser, Friedrich Hahn, Hermann Delze, Anton Herwig und Otto Lüde. Sodann brachten einige Arbeitslose die Stellungnahme der Gemeinde-Vorstände zur Beschäftigung der durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Not zur Sprache. Unter anderem wurde bekannt gegeben, daß in Vennedebach einige Arbeitslose beim Räumenfällen beschäftigt werden, und als Lohn dafür das abgesehne Holz erhalten. Jedenfalls wäre es richtiger, wenn das Holz öffentlich zum Verkauf gebracht, den Arbeitslosen aber ein anständiger Lohn gezahlt würde, damit sie ihren Kindern Brot kaufen können; von Weidenruten können dieselben nicht leben.

Mischerleben, 19. Januar. (Die öffentliche Versammlung) am 18. Januar in Schräbers Lokal beschäftigte sich mit dem Thema: „Die bestehende Krise und die Arbeitslosigkeit“, worüber Genosse Gildenberg-Halle zur Zufriedenheit aller Anwesenden referierte. In der weiteren Diskussion wurde ein Vorkommnis, welches unter den mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitern geschehen war, scharf getadelt. Auch hier sei es nochmals ausgesprochen, daß in so schwerer Zeit es angebracht erscheint, den geringen Arbeitsverdienst (es werden Löhne von 1,40 Mark pro Tag gezahlt) ungenügender zu verwenden, als zum übermäßigen Schnapsgenuss. Die beteiligten Arbeiter thäten besser, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Wer übergroße Summen für Branntwein verausgabt, kann wahrlich auch die Gewerkschaftsbeiträge entrichten. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Verzögerung der Errichtung eines Gewerbegerichts am hiesigen Orte“, fand seine Erledigung durch eine einstimmig angenommene Resolution, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Er-

richtung eines Gewerbegerichts nach Verlauf von 4 Wochen vollzogen ist.

kr. Horne, 20. Januar. (Zur Gemeindevahl.) Wie antilich bekannt gemacht, liegen vom 20. b. M. die Gemeinde-Wählerlisten im hiesigen Schulsaal 14 Tage lang aus. Wahlberechtigt ist, wer 21 Jahre alt ist und der zweiten Steuerstufe angehört. Letzteres trifft bei sämtlichen Vergleuten zu. Auch diejenigen, welche wegen starker Familie nur in der ersten Stufe steuern, sind wahlberechtigt. Verjähren daher niemand, die Liste einzusehen und agitieren ein jeder bis zur Wahl, damit man uns nicht wieder überrumpelt, wie vor zwei Jahren. Es scheidet diesmal der Genosse W. Brünning aus. Wir werden rechtzeitig unseren Kandidaten bekannt geben.

Burg, 19. Januar. (Arbeitslosenstatistik.) Die Arbeitslosenstatistik des hiesigen Gewerkschafts-Partells ergab folgenden Resultat. Arbeitslose insgesamt 191; zeitweise beschäftigungslos 85; verheiratet 186; Zahl der Kinder 336; ledige 90 Personen; arbeitslose Wochen 1591; ausgeleihte Wochen 1008. Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, hat auch in Burg die Krise der Arbeiterschaft schwere Wunden geschlagen; welche Ansummen von Not und Elend bergen diese wenigen Zahlen! Trotzdem geben dieselben kein allzu genaues Bild der bestehenden Arbeitslosigkeit. Ließ schon die Ausfüllung der Zahlkarten viel zu wünschen übrig, so spottete die Beteiligung der Genossen an der Zählung jeder Beschreibung. Von ca. 12-1600 organisierten Arbeitern hatten keine 60 Zeit, an der Zählung teilzunehmen, so daß die wenigen Erschienenen dreifache Arbeit zu leisten hatten. Möge dieser Hinweis genügen, damit an der nächsten, ebenfalls im Februar stattfindenden Arbeitslosenstatistik die Arbeiterschaft sich für diese wichtige Aufgabe eifriger zur Verfügung stellt. In seiner letzten Sitzung beschloß das Gewerkschafts-Partell, den hiesigen Magistrat um Vornahme von Notstandsarbeiten zu ersuchen. — Zum Schluß ersuchen wir noch die Genossen, die ihnen bekannten Arbeitslosen auf die im Laufe dieser Woche stattfindende Arbeitslosen-Versammlung aufmerksam zu machen.

r. Burg, 20. Januar. (Polizeiliches. — Litterarisches. — Gewerkschaftliches.) Die hiesige Polizei kann über „schlechte Zeiten“ nicht klagen. Sie verhaftete einige Personen, welche vier Barren Blei gestohlen hatten, die zum Dichten der Mähren bei der Kanalisation dienen sollten. Außerdem wurden zwei hiehere Handwerksgehilfen abgefaßt, die in etwas „angerissenen“ Zustand Polizist und Detrunieren spickten und sich im Eifer ihres löblichen Tuns zu nahe an das Rathaus heranzuwagen, allwo sie das Schicksal erlitten. Außerdem wurden noch drei Personen wegen Bettelns und Unfug verhaftet. Das genügt wohl!

Eine Stichprobe aus dem Roman des „Tageblattes“: „Der Mittelmeister, der jetzt in der Thür erziehen, sah, wie eine große städtische Dame von etwa vierzig Jahren dem Mädchen ein paar ausgiebige Ohrfeigen herunterlangte und sie dann mit einem „Du Traumpfeiler“ in die Küche hineinschob und deren Thür fest hinter ihr zuwarf.“

Der Verfasser dieses satirischen Gegenwartsbildes nennt sich „Gorff von der Elbe“, ein Pseudonym, unter dem sich unserm Gefühl nach ein schriftstellernder Blaustrompfer verbirgt. Die Dame scheint auf dem Lande genau Bescheid zu wissen.

Am 4. Februar wird das Gewerkschafts-Partell im „Hohenzollerpark“ einen Experimentavortrag über „Die Entstehung der Erde und ihrer Lebewesen“ veranstalten. Näheres wird durch Annoncen seiner Zeit bekannt gemacht.

a. Calbe, 20. Januar. (Gedächtnisvoller Tod eines Kindes.) Hier ist am Sonnabend ein 7jähriges Mädchen des Cigarrenfabrikanten Dr. Strohsbach plötzlich verstorben. Wie es heißt, ist heute der Lehrer W. J. polizeilich vernommen worden, weil das so jäh dahingeraffene Kind in seiner Klasse unterrichtet wurde. Niemand wird behauptet, Herr W. J. und die von diesem Lehrer unterrichteten Kinder wüßten über die Todesursache, — über welche die ungeheuerlichen Gerüchte umherzuwirren, — Auskunft zu geben. Wir werden nicht verfehlen, das Ergebnis der Untersuchung unseren Lesern mitzuteilen.

h. Halberstadt, 20. Januar. (Arbeiterrisiko.) Der im Dippeschen Betriebe verunglückte Arbeiter Ose, von dessen Unfall wir gestern Mitteilung machten, ist am Sonntag im Krankenhaus infolge Schädelbruchs gestorben. Nicht Herr von Dippe, — den man allgemein in Quedlinburg amtlich als „Wohlthäter“ bezeichnet, sondern die armen Arbeiter tragen das Risiko der Millionenbetriebe der angesehenen Firma.

aa. Stendal, 19. Januar. (Situationsbericht des Wahlvereins.) In dem im Oktober 1900 gegründeten Wahlverein hat sich ein kleiner Stamm Parteigenossen zusammengefunden, dem es ernstlich darum zu thun ist, die Parteiverhältnisse wieder zu fördern; die keine Mühe scheuen, um auch in unserer dunklen Gegend einige sozialdemokratische Lichtstrahlen hineinleuchten zu lassen.

Die Mitgliederzahl ist seit der Gründung des Vereins von 16 auf 28 gestiegen. Bei der Neuwahl, die ebenfalls im Januar stattfand, wurde Genosse Wrage als Vorsitzender und Genosse Schulz als Schriftführer wieder, und Genosse Stolzenwald als Kassierer neu gewählt. In derselben Versammlung berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen der Parteikonferenz in Magdeburg, auf der sämtliche Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg vertreten waren; nur Salzwebel-Gardelegen, sowie Stendal-Citernburg fehlten. Beschlossen wurde, die nächste Konferenz zu beschicken, und wurde zu dieser jetzt schon Genosse Wrage als Delegierter und Genosse Stenbock als Stellvertreter gewählt.

In den sonstigen Versammlungen, die stattfanden, kamen geeignete Broschüren zur Verlesung; auch wurde mit der Vorlesung und Auslegung des Parteiprogramms begonnen, was im Laufe des Jahres weitergeführt werden soll. In drei Sonntagen wurden außerdem die von der Parteileitung herausgegebenen Flugblätter gegen den Brotwucher verbreitet; leider konnte Stendal nicht ganz belegt werden, da von den sieben Vertretern des ersten dieser Sonntage am dritten nur noch drei kamen.

wm. Schönebeck, 19. Januar. (Solidarität.) Am Sonntag, den 12. Januar, beschloß die Mitgliederversammlung des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes, denjenigen Kollegen, welche länger als 3 Wochen ohne Arbeit sind, eine einmalige Unterstützung zu gewähren und zwar für Verheiratete, welche ein Jahr dem Verbands angehören, 10 Mark und eine Mark extra für jedes Kind; nach halbjähriger Mitgliedschaft neun Mark und für jedes Kind eine Mark extra. Unverheiratete erhalten acht Mark bei einjähriger Mitgliedschaft, bei halbjähriger sechs Mark.

sch. Schönebeck, 20. Januar. (Kein Freibier mehr.) Von der Firma Alldorf-Rath kürzlich der Stadtrat Paul Alldorf. Seitdem wird den Dekonomie-Arbeitern der Freibier, das sogenannte Halbbier, entzogen. Es wird von den Arbeitern vermutet, daß von dieser Maßregel der Komzeinterrat Otto Alldorf nichts weiß.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der 26 jährige Bergmann Karl Schreiber aus Eisleben, der in der Nacht zum 24. Okt. v. J. seine Frau und sein Kind ermordet hat, wurde am Montag früh in Halle a. S. durch Schafrichter Engelhardt aus Magdeburg hingerichtet. — Wie aus einem von mehreren Quedlinburger Bürgern, namentlich auch vom Oberbürgermeister Banfi, unterzeichneten Aufruf hervorgeht, wird in Quedlinburg die Gründung einer städtischen Badeanstalt geplant. — Der Betrieb der Grube „Gertrud“ bei Trautenstein ist jetzt wieder aufgenommen worden. — Das Brockenhotel war in voriger Woche an der

Infolge dieser Vorgänge hatte sich vor dem Thor der Domäne eine große Menschenmenge angesammelt, welche die Verhaftung des Arbeiters mit mißfälligen Aeußerungen begleitete. Die Erregung wuchs als der Polizeiergeant Tempel blanzog und auf die nachdrängenden Polen einschlug. Unter der Menschenmenge sollen sich besonders die Witwe Johanna Lorenz, geboren 1843, und die verehelichte Arbeiterin Johanna Brink, geborene Lorenz, geboren 1873, durch erregte Aeußerungen gegen die Polizeibeamten bemerkbar gemacht haben.

In der Verhandlung vor dem k. Landgericht zu Magdeburg am 21. Januar hatten sich auf die Anklage zu verantworten, die Polen durch Jurise aufgefordert zu haben, die Polizeibeamten zu verhaften, auch sollen sie die Polen von hinten auf die Beamten geschoben haben. Ferner soll die Witwe Lorenz die Beamten noch durch Schimpfreden öffentlich beleidigt haben.

Die beiden Angeklagten bestreiten ihre Schuld, sie wollen sich nur mißlieblich darüber geäußert haben, daß der Polizeiergeant Tempel von vornherein und ohne jede Veranlassung mit dem blanken Säbel auf die Polen eingeschlagen habe. Durch eine umfangreiche Zeugenvernehmung wird nur die Schuld der Witwe Lorenz festgestellt. Der Staatsanwalt beantragt 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt auf 2 Monate. Die mitangeklagte Brink wird freigesprochen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1902.

Durchgegangener. Heute vormittag kurz nach 10 Uhr kam das einspännige Fuhrwerk der Firma Schubaths u. Siebert ohne Kutscher in rasendem Galopp die Kaiserstraße entlang und kollidierte mit dem Bierwagen von Raethel, Neustadt. Das Pferd des Bierwagens wurde umgerissen und erlitt verschiedene Verletzungen; außerdem wurde Geschirr und Stange zerbrochen. Wie in Erfahrung gebracht ist, hat dieses Pferd der Firma Schubaths u. Siebert schon wiederholtlich derartige Exkursionen gemacht und wäre es sehr rasiem, derartige Pferde vom öffentlichen Verkehr auszuschließen.

Ans dem Bureau des Stadttheaters wird uns gemeldet: Welch lebhaftes Interesse unser Studentenstück „Mittelberg“ erregt, bemies die Thatsache, daß auch die zweite Aufführung, am Montag, vor fast völlig ausverkauftem Hause stattgefunden, obwohl der Montag sonst zu den schlechten Theatertagen gerechnet wird. Morgen ist die dritte Aufführung des Werkes. (Leider ist es uns erst möglich, anlässlich dieser dritten Aufführung eine Kritik zu bringen. Med. d. W.) — Morgen wird bereits zum achten Male die chinesische Operette „San Toy“ gegeben. Paul Lindau, der Verfasser unserer Schauspielerei „Macht und Morgen“ gilt, neben Blumenthal, als einer der Mitbegründer unseres modernen Salonstücks. Die Vorgänge, welche die Aufmerksamkeit ihm stets zugezogen, ein spannender, an Sardou'sche Bühnentechnik erinnernder Aufbau der Handlung, ein flüssiger, scharf pointierter Dialog und eine klar zum Ausdruck kommende ethische Grundidee, sind auch seinem jüngsten Werke bei seiner Berliner Premiere nachgerühmt worden. Charakteristisch für dasselbe ist das Urteil, welches Björnson darüber gefällt: „Großartig! Ich möchte da anfangen, wo Sie aufhören.“ — Noch vor Ablauf des Monats wird das Werk einer Magdeburgerin, der in weiteren Gesellschaftskreisen hoch angeesehenen Frau Lu Solbehr, seine erste Aufführung erleben, ein Schauspiel, das den Titel führt „Ihr Gott“. Das Werk hat am Bremer Stadttheater bereits mit vielem Erfolg seine Feuerprobe bestanden, und so glaubte die Direktion, das Werk unserer Mitbürgerin unseren Theaterfreunden nicht vorenthalten zu dürfen.

Kleine Chronik.

Der Brand des Stuttgarter Hoftheaters. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist das Stuttgarter Hoftheater in der Nacht zum Montag vollständig wiedergebrennt. Der Brand brach bald nach Mitternacht aus und griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Die Feuerwehr erschien sofort und bekämpfte das Feuer, das vom Nordgiebel ausging und zunächst den Schürboden ergriff. Es teilte sich alsbald dem Bühnenraum mit. Nach drei Uhr stürzte der Mittelgiebel des Zuschauerraumes ein. Später wurde auch das Maschinenhaus ergriffen. Um fünf Uhr ergriff das Feuer das Foyer, konnte dort aber erfolgreich bekämpft werden. Der nördliche und östliche Anbau enthalten die Verwaltungswohnungen. Das Maleratelier sowie die Kanzleien sind zerstört. Die Ede nach dem Residenzschloß ist erhalten geblieben. Das Militär war zur Unterstützung der Feuerwehr ausgerückt. Das Hoftheater, aus dem noch immer Rauchwolken emporsteigen, gewährt jetzt den Anblick einer Ruine. Ueber die Entstehung des Brandes verläutet nach dem „Schwab. Merkur“, daß das Feuer infolge Kurzschlusses ausgebrochen sei. Die Vorstellungen werden zunächst im königlichen Wilhelmstheater fortgesetzt, außerdem wird ein provisorischer Theaterbau hergestellt werden.

Einsturz eines irischen Fabriketablissemments. Nach einer uns aus Belfast zugehenden Mitteilung stürzte dort plötzlich die Seitenmauer der Smithfield'schen Flachspinnerei ein; die Fußböden in zwei Stockwerken wurden in die Tiefe gerissen. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen der Haspelräume liegen unter den Trümmern; bisher sind sieben tot hervorgezogen worden.

Kleine Tageschronik. In München fuhr am Montag ein Personenzug beim Einlaufen in den Centralbahnhof über die Haltestelle hinaus gegen den Presselack. Der Lokomotivführer und ein Fahrgast trugen merkwürdige Verletzungen davon. — Der wegen fortgesetzter, unter verschiedenen Namen verübter Heirats-tationschwindelien von auswärtigen Behörden gesuchte verheiratete Arbeiter Schmitz aus Düsseldorf ist am Montag in München verhaftet worden und erhängte sich dort nachts im Polizeiarrest. — Das Bentheimer Schwurgericht verurteilte die Arbeiterin Agnes Sterzalla, die im Oktober v. J. ihren dreijährigen Neffen, weil er einen Topf zerbrochen, so lange mit Füssen getreten hatte, bis er tot war, zu 6 Jahren Zuchthaus. — In Colberg haben sich der 12jährige Knabe Wilhelm Reiche und dessen 14jährige Schwester aus Furch vor Strafe in die Verfaute gestürzt und sind ertrunken. — Der schwedische Dampfer „Silva“ ist auf der Fahrt von Stockholm nach Antwerpen mit seiner ganzen Besatzung untergegangen. — Der englische Dampfer „Gerran Empire“ von Hartlepool nach Hamburg unterwegs, ist bei Südwestrum bei Spieröng gestrandet. Schiff und Ladung sind anscheinend verloren.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. Januar 1902.

Freisprechung. Der Arbeiter Paul Kloss aus Köbnitz wurde von der Anklage der Gehelei freigesprochen. **Gebruch.** In nichtöffentlicher Sitzung wurden 1. die geschiedene Dreher Müller, Luise geborene Dittmar, 2. der Arbeiter Anton Sauter zu Frankfurt a. M. wegen Gebruchs zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Gefangenenbefreiung. Gelegentlich einer Schlägerei am 1. Dezember 1901 auf der Leipzigerstraße verhaftete der Schutzmann Schmidt 3 eine dem Namen nach nicht ermittelte Person. Der vorbestrafte Arbeiter Fritz Rehländer hier, geboren 1876, sprang hinzu, packte den Beamten an die Kehle und schlug mit einem Stock auf ihn ein, so daß er gezwungen war, den Festgenommenen loszulassen, der dann die Flucht ergriff. Rehländer erhielt wegen Gefangenenbefreiung im Verein mit Widerstand gegen die Staatsgewalt ein Jahr Gefängnis und wurde sofort verhaftet.

Falsche Scham. Die Dienstmagd Verta Siegmann hier, geboren 1885, gab sich am 24. Juli 1901 bei der standesamtlichen Meldung des Todes ihres unehelichen Sohnes als dessen Stiefschwester aus und unterschrieb mit dem falschen Namen. Der Gerichtshof erkannte wegen intellektueller Urkundenfälschung auf Freisprechung, weil angenommen wurde, die Angeklagte habe die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht nicht besessen.

Sachbeschädigung. Der Arbeiter Albert Niede aus Hohendodeleben, geboren 1882, kam am 30. März 1901 abends mit anderen Genossen von der Arbeit. Auf dem Wege von Klein-Ottersleben nach Hause hob er von der Brüstungsmauer einer Brücke eine Abdeckplatte hoch und warf sie in den Graben. Dann brach er einen Obstbaum ab. Niede trafen wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis.

Treue Ehegatten. Der Arbeiter Gustav Niemann, vorbestraft, hatte sich im Herbst 1901 nach Seedorf verdrungen und bewog den Wirtschaftsmeister Busse, ihm zur Auslösung der verpfändeten Ketten, die er selbst abholen wollte, 33 Mark vorzuschießen. Niemann reiste ab und kam nicht wieder. Der Ehemann, seine Frau habe das Geld verausgabt, und er habe daher die Ketten nicht einlösen können, konnte nicht widerlegt werden, weshalb Niemann von der Anklage des Betrugs freigesprochen wurde.

Kein Diebstahl. Der frühere Lehrer Alfred Möllenhof zu Braunschweig, geboren 1871, war beschuldigt, am 31. Oktober 1900 dem Gastwirt Müller zu Wadersleben, bei dem er logiert hatte, aus dem Schlafzimmer eine silberne Taschenuhr mit Kette im Werte von 55 Mark gestohlen zu haben. Da das Beweisergebnis der Verhandlung nicht zur Ueberführung des Angeklagten ausreichte, erfolgte Freisprechung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 18. Januar 1902.

Körperverletzung. Die vorbestraften Bergarbeiter Joh. Koloniska und Ludwig Lubosky aus Wickersleben sind Zuhälter von zwei Prostituierten. Als sich die eine dieser Damen am 6. Juni abends mit einem Herrn, welcher von der Bahn kam, nicht einigen konnte, überfielen die beiden Angeklagten denselben und mißhandelten ihn mit Messer und Stock. Lubosky wird zu einem Jahr und Koloniska zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Aus der Haft in Wickersleben wird der wegen Diebstahls 6mal, das letzte Mal mit 1 Jahr Gefängnis vorbestrafte Arbeiter Julius Störbeck aus Halberstadt vorgeführt. Störbeck ist angeklagt, dem Totengräber Runge in Wickersleben mittels Uebersteigen eines Zaunes auf dem Kirchhof aus einem verschlossenen Raume, welchen der Angeklagte aufbrach, eine Geldschere und mehrere Hohlen gestohlen zu haben. Der Dieb wird zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt und erklärt sich bei dem Urteil beruhigen und die Strafe sofort antreten zu wollen.

Prozeß Feinberg.

Halberstadt, den 20. Januar.

Aus den Verhandlungen am Sonnabend ist noch besonders wichtig die Vernehmung des Angeklagten über den Fall Naewie-Rabstorf. Feinberg behauptet, er habe von dem Amtsvorsteher Naewie als Einchuß auf einen Auftrag von 15 000 Mark Bochumer Stahlstatten 5000 Mark Kassen und 2000 Mark Konjuls eingezahlt erhalten, und zwar habe ihm Naewie in Gegenwart seines Commis Charles Letus die Papiere als Einchuß und nicht als Depot gegeben. Da die Bochumer aber in 14 Tagen um mehr als die Hälfte gefallen wären, so hätte Naewie allerdings die Papiere verloren. Vor Abschluß des Geschäftes hat der Angeklagte aber Naewie seine Geschäftsbedingungen nicht gegeben, sondern erst nachher. Der Angeklagte behauptet nun, seinem Bruder in Altona das Geschäft telephonisch übermittelt zu haben. Dieser hätte den Auftrag ausgeführt und die Effekten bei einem Berliner Bankier hinterlegt. Er selbst wüßte nicht bei welchem, da ihm dieses nicht bekannt gegeben wäre. Als nämlich nach dem Buche, in dem die Papiere gebucht sein mußten, gesucht wurde, konnte es nicht gefunden werden.

Den Klermann Lippoldes Ierne Feinberg im März 1901 kennen und erhielt auch einen Auftrag von 30 000 Laurahütte. Später kaufte Lippoldes noch 60 000 Laurahütte und 30 000 Bank-Kreditaktien. Als Unterlage gab Lippoldes 13 000 Mark Hypotheken der Hornburger Zuckersabrik. Der Angeklagte gab sich damit nicht zufrieden, weil die Hornburger Aktien nicht börsenfähig wären, und wußte noch 13 000 Mark Wechsel zu erlangen, ohne die Prioritäten herauszugeben.

Am den 2. zum Ankauf der Laurahütte zum damaligen Kurse von 211,04 zu bewegen, zeigte er ihm ein altes Zeitungsbblatt, in welchem sie mit 283,5 notiert waren und redete ihm vor, daß sie wieder ebenso hoch stiegen.

Bankier Höbers' Schwager sagt aus: Lippoldes gelte allgemein für wohlhabend, er hätte ihn persönlich gekannt und auch mit ihm in Kurzen gemacht. Ein Geschäft mit 30 000 Laurahütte bei Einchuß machte er unbedenklich. Letzte, die hierzu Auftrag gaben, hielt er für erfahren im Bankwesen. Der Umsatz mit Lippoldes hätte bei ihm höchstens 60 000 Mark betragen, wobei die Regulierung immer prompt erfolgt wäre. Kunden auszu-suchen und neue zu erwerben hielt er nicht für unfair. Dem Angeklagten hätte er selbst schon Aufträge gegeben, sonst aber mit ihm einen Verlust von circa 6000 Mark gehabt.

Zu der Verhandlung am Montag wurden als Zeugen neben dem Bankier, mit dem der Angeklagte etwa 300 000 Mark umgekehrt hat, hauptsächlich die Geschädigten vernommen, ohne daß es indes dazu gekommen wäre, den am meisten Geschädigten zu

vernehmen. Bankier Diedmann bekundet hauptsächlich, daß er dem Angeklagten einen unbeschränkten Kredit nicht gewährt habe und daß im Wechselverkehr die Namen der Acceptanten hinsichtlich ihrer Zahlungsfähigkeit geltend waren. Bis ziemlich zuletzt hätte er die Verbindungen mit dem Angeklagten aufrecht erhalten, Veranlassung, daran zu zweifeln, daß die Effekten, welche der Angeklagte verkaufte oder hinterlegte, nicht dessen Eigentum waren, hatte er nicht gehabt. Die Zeugen Naewie und Ohloff bestätigen ihre Verluste und bestreiten ganz entschieden, sich mit dem Angeklagten eingelassen zu haben, wenn sie gewußt hätten, daß er die ihm zur Sicherheit übergebenen Papiere sofort verkaufen würde. Als besonderes Charakteristikum muß hervorgehoben werden, daß der Angeklagte in sehr vielen Fällen den von seinem Buchhalter geschriebenen Briefen, bevor sie abgeschickt wurden, noch Bemerkungen wie z. B. „Wohmer haben sehr gute Meinung“ hinzusetzte. Die Ueberholung dieser Notizen kann kaum einen Zweifel darüber lassen, daß der Angeklagte zur Spielerei reizen wollte. Schließlich fanden sich auch noch den Geschädigten gegebene Quittungen vor, welche mit den Ausführungen des Angeklagten in Widerspruch stehen. Hauptsächlich aber ergibt die Verhandlung, daß die beiden Zeugen Naewie und Ohloff gar nichts oder fast nichts vom Börriengeschäft verstanden und daß sie stets angenommen haben, daß die von ihnen bei Feinberg hinterlegten Papiere als Depots anzusehen gewesen wären, die sie immer wieder hätten einlösen können.

Um 2 Uhr tritt eine Pause ein, die bis 4 Uhr währt. Da die Verhandlung voraussichtlich heute noch nicht zu Ende geführt werden wird, am Dienstag und Mittwoch aber keine Räume zur Verfügung stehen, wird die Verhandlung am Donnerstag fortgesetzt werden.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Deveschen-Bureau.)

Wackelt Graf Bülow?

London, 21. Januar. „Daily Mail“ berichtet, an der Londoner Börse circulierte das Gerücht, Graf Bülow habe seine Demission gegeben, der Kaiser habe ihm aber einen Besuch abgestattet und die Demission nicht angenommen.

Rom, 21. Januar. Der Senat nahm mit 100 gegen 69 Stimmen die Finanzgesetze der Kammer an. Der König wird bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments am 16. Februar eine große Thronrede halten, welche die erste nach seinem Regierungsantritt sein wird.

Washington, 21. Januar. Der Kommandant des Kreuzers „Philadelphia“ berichtet, der Dampfer „Pabilla“ hat gestern den Dampfer „Lantaro“ angegriffen, dessen Mannschaft von Bord entflohen war. Das Schiff brennt augenblicklich und ist im Sinken begriffen.

Barcelona, 21. Januar. Die Befreiung der Opfer der Kesselexplosion fand gestern statt in Gegenwart einer ungeheuren Volksmenge. Der Gouverneur nahm am Trauerzuge teil.

Algier, 21. Januar. Zwei Hauptleute des 2. Regiments der Fremdenlegion de Crastier und Gratin, welche vergangenen Dienstag einen Ausflug nach Dschehr unternehmen hatten, sind ermordet aufgefunden worden.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat entdeckt, daß die von ihr aufgelösten Niederlassungen des Jesuitenordens zwar als solche nicht mehr bestehen, daß die einzelnen Mitglieder aber Schlupfwinkel gesucht und gefunden haben. 63 Jesuiten sind allein in Paris in Privatwohnungen untergebracht.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Redakteur der „Libre Parole“ Masson wurde auf offener Straße von dem Herausgeber des „Antijuis“ thätlich angegriffen. Die Ursache zu diesem Ereignis war eine Polemik in den Spalten der beiden Blätter.

Brüssel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Gazette“ zufolge erhält sich das Gerücht von einer bevorstehenden Ministerkrise. Man erwartet den Ausbruch nach der Rückkehr des Königs aus Frankreich.

Brüssel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Erziehung des Bureau-Kommandanten Sheepers hat in den hiesigen Burenkreisen allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Man bezeichnet es allgemein als Mord und erwartet, daß Botta nunmehr seine Zuflucht zu blutigen Repressalien nehmen wird.

Konstantinopel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Miß Stone teilte der amerikanischen Gesandtschaft mit, daß sie und Frau Geta sich wohl befinden. Daraufhin wurden die Freilassungs-Unterhandlungen mit erhöhtem Eifer fortgesetzt.

New-York, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Manila wurde eine Frau verhaftet, welche seit längerem in Männerkleidern eine Schar von 300 Aufständischen geführt hatte.

Leipzig, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Senatpräsident des Reichsgerichts Dr. Denhardt ist heute nacht nach längerem Krankenlager gestorben.

München, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Geheimrat Zienssen, Direktor des allgemeinen Krankenhauses links der Isar, einer der größten Gelehrten Deutschlands, ist heute nacht um 12½ Uhr im Alter von 73 Jahren gestorben.

Zittau, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Südruchhändler Schmidt aus Göbau geriet über den Veracht der Brandstiftung, in den seine Frau geraten war, in eine heftige Aufregung, daß er erst seinen drei Kindern und dann sich selbst mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Das jüngste Kind ist bereits gestorben, während man die beiden älteren am Leben zu erhalten hofft.

Sjorring (Dänemark), 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den neuesten Meldungen vom Untergange der „Silva“ ist das Wrack an das Land getrieben worden. 16 Mann der Besatzung sollen ums Leben gekommen sein.

Burg. Achtung! Burg.
 Donnerstag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr
Große öffentliche
Arbeitslosen - Versammlung
 im „Hohenzollernpark“.
 Alle organisierten Genossen werden ersucht, die ihnen
 bekannten Arbeitslosen hierauf aufmerksam zu machen.
 1907 **Der Einberufer.**

Burg. Burg.
Sozialdemokratischer Wahlverein für den
Kreis Jerichow I und II.
 Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal.
 2. Bericht von der Bezirkskonferenz.
 3. Beschlusfassung über eine Petition.
 4. Verschiedenes.
 1908 **Der Vorstand.**

Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Kreisversammlung
 am Sonntag, den 26. Januar
 im Lokale des Herrn August Schinke
 in Ovensleben.
 Wir machen die Parteigenossen auf diese Versammlung, in welcher
 die Angelegenheiten von der Parteikonferenz zu Magdeburg beraten
 werden sollen, ganz besonders aufmerksam.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 598 **Der Vorstand.**

Die Neue Zeit
 Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
 bringt u. a. in Nr. 16 nachstehendes:
 Fr. Mehring, Wilkows Woche.
 H. Lagardelle, Die Streiks in Frankreich im Jahre 1900.
 D. Bach, Vauerfeld.
 W. Swienty, Kaufmännische Schiedsgerichte. (Schluß.)
 H. Cunow, Wirtschaftliche Umschau.
 C. Grotzewitz, Stellung des Menschen im organischen
 Stammbaum.
 Preis pro Nummer 25 Pfennig
 einzeln zu haben in der
Buchhandlg. Volksstimme.

Därme-
Leber-
und Gewürz-
Handlung
 von
H. Reich,
 Magdeburg,
 Wilhelmstraße 15.
 Fernsprecher 1236.



Dreikaiserbund
 Große Storchstraße 7.
Große
Redoute.
 Musik à la Hamburg.
 Doppel-Orchester.
 Elektrische Beleuchtung.
 Der Saal feenhaft decor.
 Anfang 8 Uhr.
 Ergebnis ladet ein
E. Hartmann.

Mittwoch, 22. Januar.

Halberstadt.
Sozialdemokrat. Wahlverein.
Öfftl. Versammlung
 Donnerstag, den 23. Jan.,
 1887 abends 8 1/2 Uhr
 in Hermanns Lokal, Bakenstr. 63.
Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung der Presse für das
 Volk im allgemeinen und für die
 Arbeiterbewegung im besonderen.
 Referent: Genosse Gurlmann.
 2. Bezirkseinstellung.
 Die Bezirksvorsteher müssen an-
 wesend sein.
 Zahlreichen Besuch dieser Ver-
 sammlung von den Parteigenossen
 erwartet **Der Vorstand.**

Allgemeine
Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter
 E. S. Nr. 29.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß an Stelle des Herrn Hoppe
 Herr **Fr. Wagner, Sudenburg,**
Wolfenbütteleerstraße 69, als
 Bevollmächtigter gewählt ist.
 Meldungen werden dafelbst von
 morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr
 entgegengenommen. 1906
Die Verwaltung.

Burg.
 Zu den bevorstehenden Masken-
 bällen viele meine reichhaltige
Masken-Garderobe
 zur fleißigen Benutzung an. 1785
Ernst Bremer
 Maskengarderobe u. Verleih-Institut
Burg b. M., Bruchstraße 39.

Ausverkauf
 in
Winterhüten
Puppen
 und 1795
Spielwaren
 —wegen vorgerückter Saison—
 Preise bis 33 1/3 Prozent
 ermäßigt.
Alfr. Sengebusch
Sudenburg.

Keine Rabattmarken
 aber ca. 6 Pfd. gut ausgebackenes
 reines Roggenbrot für
 55 Pf.
 Mehlhandlung Sudenburg
 Lemförderweg 22. 600

Schuhwaren
 Anverkaufspreise
 in 1872
Wilh. Brandt
 Buchau, Ecke Gärtnerstr.
 2 sprachl. Geb. Betten, 21 u. 26 M.
 f. zu verf. Sandstr. 7, II. links.

Pflaumenmus
 anerkannt beste Qualität
 offeriert v. 5 Pfd. an p. Pfd. 15 Pf.
Gustav Köhler
 Pflaumenmusfabrik m. elektr. Betrieb
 Leipzigerstraße 14. H3

Einer sage es dem andern!
 Wegen vollständiger Auflösung unserer hiesigen Filiale
Total-Ausverkauf
 unserer anerkannt bewährten
Schuhwaren
 teils bis zu
40 Prozent 40
Ermässigung. 1831
Schuhfabrik
O. Wetzels & Co.
 69/70 Breiteweg 69/70
 neben der Fontaine gegenüber Café Hohenzollern.

Donnerstag, den 23. Januar
Gr. karnevalistischer Abend
 bei Mollenhauer, Kaiserstr. 57.
 Freunde und Bekannte sind hierzu freudlichst ein-
 geladen. 1905 D. D.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
 Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
 Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.
 Fernsprechanschluß: Nathaus Nr. 2150—2155.
 Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
 kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
 Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
 Weibliche 10—1 4—7
Es werden gesucht:
 Tüchtige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen,
 Landwirtschaftlerinnen, einf. Stützen und Kinderfräuleins.
Stellung suchen:
 Viele gelehrte und ungelehrte Arbeiter, Kutsher, Hausdiener, Haus-
 und Laufburgen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnis
 Kindermädchen, Kinderfräuleins Aufwartungen und Wajchfrauen.

Sohn achtbarer Eltern
 kann in die Lehre treten.
Feodor Faust, Schneidermstr.
 Gr.-Otterleben, Frankstr. 64.

Wie lernt man eine
moderne fremde Sprache?
 Von Dr. G. Gruber, M. I.—
 Buchhandlung Volksstimme.
 Neue u. getr. Kinderstiefeln u. Mil-
 litarstiefeln billig Katharinenstraße 5.

Gänseföckelfleisch
 nur bei Vorzeigung dieser Annonce
 Pfd. 55 Pf. **Moritz Weinberg.**

Keine Vernichtung
Großartige Erfolge!
 Selbst bei für unheilb.
 gehalt. Leid. **Soffmeister,** Magdeb.,
 Bismarckstr. 7. Sprechst. 8—5 und
 7—9 Uhr. Gr. Verschwiegenheit!
 Auch schriftlich!

Sie erhalten
Sofas
 einzeln mit
5 Mark Anzahlung
 und wöchentlich
1 Mark Abzahlung.
Hermann Liebau
 Breiteweg 127 F103
 Ecke Schrottdorferstr., gegenüber
 der Katharinentirche.

Ein kräft. Fugel zu verk. Näh.
 Gr. Fankstr. 15b im Restaurant.
2500 Mark
 als 2. Hypothek auf Grundstück ge-
 sucht. Sichere Anlage. Offerten unter
G. H. 599 an die Exped. d. Bl.
 erbeten. Agenten verboten. 599
 Kl. Steinernetzstr. 5, II., Logis sof.

Küchenzettel
 der Magdeburger Volkstischen
 Hauptwache 5 und Neustadt,
Schmidtstraße 61.
 Mittwoch: Leipziger Allerlei mit
 Schweinefleisch.
 Donnerstag: Erbsen m. Rippenped
 Freitag: Schmorhohl, Salzkartoffeln
 und Wirsfchen.
 Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe
 mit Rippenped.

Küchenzettel des
Rehrevinnen- und Damenheims
Neueweg 1/2.
 Mittwoch: Erbsuppe mit Rippen-
 ped, Arme Ritter und Musfauce
 oder Brühsuppe mit Reissform,
 geschmorle Leber u. Kartoffelbrot.
 Donnerstag: Suppe a la Jardiniere
 oder Kirchsuppe, gefüllte Kalbs-
 brust und Kartoffelsalat.
 Freitag: Brühsuppe mit Gries-
 köbchen, Lungenhaschee u. Salz-
 kartoffeln oder legierte Suppe,
 Braunkohl, Pöckelfleisch u. Brat-
 kartoffeln.
 Sonnabend: Brühsuppe mit Leber-
 köbchen, Rindfleisch und Meer-
 rettigsauce oder Hammelfleisch
 und Zwiebelsauce.

Streng decent!
Cirkus Variété.
 Direktion: **Fr. Schmidt.**
 Das großartige sensationelle
Attractions-
Programm.
 Streng decent!
Rauchen gestattet!
Vorläufige Anzeige!
 Freitag, den 31. Januar 1902:
Größte und einzigste
Gala-Redoute dies. Saison
 Großartige Überraschungen.

Wilhelm-Theater.
 Mittwoch, den 22. Januar 1902.
Der Jugendring.
Stadt-Theater.
 Mittwoch, den 22. Januar 1902.
Alt Heidelberg.

Walhalla.
Sensation
 von
Magdeburg!
12 Schlager
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
 Billets zu ermäßigt. Preisen
 sind in den meisten
 Cigarrenläden erhältlich.

Wegen des starken Andranges
 an den Nachmittagen in meinem nur diese Woche stattfindenden
Räumungs-Ausverkauf
 bitte meine werten Kundinnen, behufs besserer Bedienung ihre Einkäufe
 möglichst vormittags auszuführen. 1901
Rich. Neumann, Buckau.

Meinen verehrten Freunden und
 Kollegen, sowie den Bruder Freigen
 sage ich hiermit für die mir nach
 hier gesandten Gratulationen zu
 meinem Geburtstage meinen herz-
 lichsten Dank und 1909
 Für das gratulieren
 „Werd' ich mich revanchieren!“
 Gelmstedt, 20. Januar 02.
Karl Kellner, Maurer.

In der Nacht zum Montag
 verschied sanft nach kurzem
 Leiden unser lieber Vater,
 Schwieger- und Großvater,
 der Steinseger
August Kohl
 im 77. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
 mit der Bitte um stille Teil-
 nahme
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Donners-
 tag, den 23. Januar, morgens
 10 Uhr vom Neustädter Kraus-
 senhause aus statt.